
Vorsitz: Polen**1362. PLENARSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES**

1. **Datum:** Donnerstag, 10. März 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 15.00 Uhr
Unterbrechung: 18.15 Uhr
Wiederaufnahme: 10.00 Uhr (Freitag, 11. März 2022)
Schluss: 11.00 Uhr

2. **Vorsitz:** Botschafter A. Hałaciński

Vorsitz, Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen, Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Genderfragen, Russische Föderation (Anhang 1) (Anhang 2)

Zur Geschäftsordnung: Ukraine

3. **Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:**

Punkt 1 der Tagesordnung: DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE UKRAINE

Vorsitz, Ukraine (Anhang 3), Vereinigtes Königreich (Anhang 4), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Monaco, San Marino und der Ukraine) (Anhang 5), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 6), Kanada (Anhang 7), Schweiz (PC.DEL/376/22 OSCE+), Türkei (Anhang 8), Ständige Vertreterin Irlands (auch im Namen der Ständigen Vertreterinnen Albaniens, Andorras, Bulgariens, Deutschlands, Frankreichs, Georgiens, Islands, Kanadas,

Lettlands, Liechtensteins, Maltas, Moldaus, Norwegens, San Marinos, Schwedens, Serbiens, Sloweniens, der Türkei, Zyperns und der Europäischen Union) (Anhang 9), Georgien (Anhang 10), Norwegen (Anhang 11), Island (Anhang 12), Schweden (PC.DEL/389/22 OSCE+), Belarus (PC.DEL/371/22 OSCE+), Nordmazedonien (PC.DEL/394/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union, Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/12/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Die Aggression Aserbaidshans gegen Arzach und Armenien unter direkter Beteiligung der Türkei und ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer:* Armenien (Anhang 13)
- (b) *Die anhaltenden Verbrechen der Ukraine mit Unterstützung durch eine Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten:* Russische Föderation (Anhang 14) (PC.DEL/379/22/Add.1/Rev.1), Schweiz
- (c) *Maßnahmen im Anschluss an die Treffen auf hoher Ebene vom 14. Dezember 2021 und 4. Februar 2022:* Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/380/22), Kanada (PC.DEL/382/22 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/378/22), Armenien, Aserbaidshan (Anhang 15), Vorsitz
- (d) *Notwendigkeit der vollständigen Umsetzung der trilateralen Erklärungen vom 9. November 2020, 11. Januar 2021 und 26. November 2021 als zentraler Elemente der Konfliktbeilegung:* Russische Föderation (Anhang 16), Armenien
- (e) *Sanierungs-, Wiederaufbau- und Wiedereingliederungsbemühungen in Aserbaidshan im Nachgang des Konflikts:* Aserbaidshan (Anhang 17), Türkei (PC.DEL/388/22 OSCE+)

Punkt 3 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Aktivitäten des Amtierenden Vorsitzenden betreffend die laufende Aggression gegen die Ukraine und die humanitäre Hilfe, darunter Treffen mit dem Außenminister Rumäniens, S. E. B. Aurescu, dem Außenminister Litauens, S. E. G. Landsbergis, der Außenministerin des Vereinigten Königreichs, I. E. L. Truss, der Außenministerin Norwegens, I. E. A. Huitfeldt, dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, S. E. A. Blinken, der Vizepremierministerin Belgiens, I. E. S. Wilmès, dem Außenminister der*

Ukraine, S. E. D. Kuleba, und dem Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms D. Beasley sowie Telefongespräche mit dem Außenminister der Türkei, S. E. M. Çavuşoğlu, und mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, S. E. A. Blinken: Vorsitz

- (b) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in New York für eine Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 14. März 2022: Vorsitz*

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT DER GENERALESEKRETÄRIN**

keine

Punkt 5 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 17. März 2022 im Neuen Saal und über Videokonferenz



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat**

PC.JOUR/1362
10 March 2022
Annex 1

GERMAN
Original: RUSSIAN

1362. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1362, Punkt 2

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

wir bekräftigen erneut unsere Ablehnung des ersten Tagesordnungspunktes, den der Vorsitz für die heutige Sitzung des Ständigen Rates angekündigt hat. Russland kann nicht hinnehmen, dass versucht wird, das eingebrachte Thema, das offenkundig konfrontativer Natur ist, einseitig in der Tagesordnung zu verankern, und ist der Ansicht, dass solche Schritte des Vorsitzes gegen die Geschäftsordnung der OSZE verstoßen (Abschnitt IV.1 (C) Absatz 1 und Abschnitt IV.1 (C) Absatz 3).

Wir fordern den polnischen Vorsitz erneut dringend auf, sich strikt an die von allen Teilnehmerstaaten vereinbarten Verfahren zu halten, diese nicht mehr beliebig auszulegen und faire und niemanden diskriminierende Möglichkeiten für Erörterungen im Ständigen Rat zu schaffen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 2

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

im Jahr 2006 wurde die Geschäftsordnung der OSZE verabschiedet. Sie bildete damals keinen endgültigen Text: Es blieben Lücken, die verschiedene Auslegungsmöglichkeiten zulassen. Wir haben damals vorgeschlagen, die Geschäftsordnung durch ein offizielles Dokument zu ergänzen, das verhindert, dass die von den Außenministerinnen und Außenministern auf dem Ministerratstreffen in Brüssel beschlossenen Regeln Auslegungssache werden. Mehrere Delegationen sahen sich – wie gesagt: aus politischen Erwägungen – außerstande, dieses Dokument zusammen mit der verabschiedeten Geschäftsordnung zu prüfen.

Unseres Erachtens handelt es sich bei dem von Ihnen vorgesehenen Punkt weder um eine „Allgemeine Erklärung“ noch um eine „Aktuelle Frage“, noch fällt er unter „Sonstiges“, um die Bezeichnungen aus dem ersten Absatz des entsprechenden Abschnitts der Geschäftsordnung zu verwenden. Er wird vom Vorsitz willkürlich als „ständiger Tagesordnungspunkt“ eingeführt – etwas, was in besagter Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist.

„Allgemeine Erklärungen“ gibt es – wiederum im Einklang mit der Geschäftsordnung – nur im Rahmen der Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation. Das Gleiche gilt für den Tagesordnungspunkt „Sicherheitsdialog“. Diese Tagesordnungspunkte gibt es im Ständigen Rat nicht und hat es auch nie gegeben.

Wenn der Wunsch besteht, die Geschäftsordnung weiter gefasst auszulegen, muss man sich zusammensetzen und sie diskutieren. Genau das haben wir seit 2008 immer wieder versucht. Alle Versuche, das „Blaue Buch“ aufzumachen, sind auf kategorische Ablehnung gestoßen. In der interpretativen Erklärung Russlands, die dem Ministerratsbeschluss über die Geschäftsordnung der OSZE beigelegt ist, wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass es sich dabei lediglich um einen ersten Schritt zur Institutionalisierung des rechtlichen Status unserer Konferenz beziehungsweise unserer Versammlung – einer regionalen Abmachung, wenn Sie so wollen – handelt, da eine Geschäftsordnung mit ihren rechtlich festgelegten Auslegungen eine Anforderung gemäß Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen an die Aktivitäten regionaler Organisationen, nicht Abmachungen, darstellt. Im Sinne des besagten Kapitels VIII kommt unserer Versammlung beziehungsweise, wie wir sie nennen, „Organisation“ gar kein Existenzrecht zu. Aus einer Konferenz hätte eine Organisation

werden sollen, die einen vollwertigen völkerrechtlichen Status erhalten hätte, der den Anforderungen von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen genügt hätte. Wenn irgendjemand mit mir darüber streiten möchte, bin ich gerne dazu bereit.

Da haben Sie also eine Antwort auf Ihre Bemerkungen, Herr Vorsitzender.

Sie müssen doch sehen, dass es in all diesen Jahrzehnten noch nie solche Tagesordnungspunkte gegeben hat, die im Alleingang vom amtierenden Vorsitz eingebracht worden wären. Die Situation ist derzeit so, dass Sie Ihre Rechte ausnutzen und diesen Tagesordnungspunkt einbringen, ohne sich mit allen darauf geeinigt zu haben. Das ist der Grund, dass manchen unwohl bei der Sache ist. Ein solcher Unterpunkt wurde, wenn Sie sich erinnern, von der ukrainischen Delegation unter dem Tagesordnungspunkt „Prüfung aktueller Fragen“ eingeführt. Dementsprechend konnten wir unter diesem Tagesordnungspunkt etwas erwidern und eine separate Frage zur Prüfung einbringen. Diese „Architektur“ wurde nun durch Ihr einseitiges Handeln durcheinandergebracht. Sie haben dieses Thema als ersten Tagesordnungspunkt vorgeschlagen, aber nach der Geschäftsordnung ist nicht klar, was dieser erste Punkt bedeuten soll. Deshalb bitten wir Sie jedes Mal darum, klarzustellen, was dieser Tagesordnungspunkt bedeuten soll.

Ich ersuche, diese zusätzliche Antwort dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

heute ist der 15. Tag einer neuen Etappe des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Der Krieg fährt weiterhin seine blutige Ernte ein.

Russland nimmt Städte unter unterschiedslosen Artilleriebeschuss. Es schießt bei der Evakuierung aus den belagerten ukrainischen Städten absichtlich auf Zivilpersonen.

Russland zwingt die Zivilbevölkerung, aus ihren Heimstätten zu fliehen, und stellt Korridore bereit, die nur in sein eigenes Hoheitsgebiet führen.

Russland missbraucht den Mechanismus des humanitären Korridors, um die Ukraine zu verunglimpfen, weil sie nicht bereit sei, ihre Bevölkerung zu evakuieren.

Doch die Zeit für solche Spielchen ist vorbei.

Um nur eine Stadt als Beispiel zu nennen: Russland hält über vierhunderttausend Menschen in Mariupol als Geiseln fest und blockiert humanitäre Hilfe und Evakuierungen.

Es fehlen in Mariupol Medikamente und Nahrungsmittel für fast dreitausend Neugeborene.

Erst gestern hat Russland eine Geburts- und Kinderklinik in Mariupol bombardiert.

Es warf Avia-Bomben über dem Gebäude ab, in dem schwangere Frauen und Neugeborene untergebracht waren.

Es scheint, als habe Russland seine Menschlichkeit schon vor langem aufgegeben.

Ich möchte die Russen fragen: War das etwa ein NATO-Stützpunkt oder ein "Geheimlabor"?

Oder warten Sie vielleicht noch auf Order aus Moskau zu einer neuen Verschwörungstheorie, mit der Sie die Aggression Ihres Landes verteidigen sollen?

Nein, es ist Zeit, die Wahrheit einzugestehen.

Das Einzige, wozu Russland fähig ist, ist es, einen barbarischen Krieg gegen Zivilpersonen und Babys zu führen – und das alles mit abscheulichen Lügen zu vertuschen.

Es ist inzwischen glasklar, dass sich die russische Diplomatie vollständig in ein Instrument der russischen Propaganda verwandelt hat.

Die jüngsten Äußerungen von Maria Sacharowa, die die von russischen Bomben zerstörte Geburtsklinik in Mariupol als „Gefechtsstellung ukrainischer Nationalisten“ bezeichnet hat, räumen jeden Zweifel daran aus.

Und ich möchte die russischen Diplomatinen und Diplomaten warnen: Versuchen Sie erst gar nicht zu leugnen, dass Ihre Truppen Zivilpersonen und Wohngebiete unter Beschuss nehmen. Genug ist genug.

Die russische Bevölkerung lebt in einer Orwellschen Welt, aber Sie selbst kennen die wahre Sachlage nur zu gut.

Decken Sie keine Kriegsverbrecher.

Russische Kriegsgefangene haben bereits bestätigt, dass sie den Befehl hatten, auf Zivilpersonen zu schießen und sie zu töten.

Aber kann uns die russische Delegation sagen, wie viele weitere Geständnisse wir in den nächsten Tagen zu erwarten haben?

Erst vor wenigen Tagen hat Wladimir Putin in einer Rede vor russischen Frauen versichert, dass keine Rekruten in die Ukraine entsandt worden seien.

Gestern räumte das russische Verteidigungsministerium jedoch „mit Bedauern“ ein, dass dies nicht richtig sei.

Hat der russische Präsident also gelogen? Wie er es auch in Bezug auf die angeblichen Präzisionsschläge und den Schutz der Zivilbevölkerung getan hat?

Oder lügt ihn das Verteidigungsministerium über den Kriegseinsatz an, zum Beispiel über die Verluste, die die russische Armee in der Ukraine erleidet?

Vielleicht könnten die russischen Diplomatinen und Diplomaten nach Moskau berichten, was tatsächlich vor sich geht? Dies würde möglicherweise dazu beitragen, diesen blutigen Gräueltaten ein Ende zu setzen.

Gleichzeitig fangen wir immer mehr Telefongespräche zwischen russischen Soldaten und ihren Ehefrauen und Verwandten ab.

Soldaten berichten mutig, wie sie Zivilpersonen mit Schüssen hingerichtet und Häuser und Geschäfte in der Ukraine geplündert haben.

Dies ist also die zweitstärkste Armee der Welt in ihrer besten Form.

Es ist eine Schande.

Die Anschaffung eines neuen Fernsehers oder eines leistungsstarken Mixers ist es nicht wert, dafür Kriegsverbrechen zu begehen.

Auch in den südlichen Gebieten, in denen Russland versucht, sein Besatzungsregime durchzusetzen, ist die Lage nicht besser.

Was tut Russland angesichts des Widerstands der Bevölkerung?

Natürlich: Es führt eine Repressions- und Strafkampagne durch, um den Widerstand zu brechen.

Wie berichtet wurde, wurden in Cherson mehr als vierhundert Zivilpersonen rechtswidrig festgenommen.

Der Kreml glaubt, dass er in der Ukraine ein neues repressives Regime aufbauen kann, wie er es in Russland selbst getan hat. Wie naiv das doch ist!

Die grausamen Misshandlungen friedlicher Demonstrantinnen und Demonstranten in der gesamten Russischen Föderation zeigen anschaulich, welche Art von „Befreiung“ der Kreml in der Ukraine vorhat.

Es scheint, dass Russland die Ukraine auch von diplomatischen Vertretungen befreien will.

Vor zwei Tagen beschädigten russische Raketen und Bomben das Gebäude des griechischen Generalkonsulats und das Büro der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine in Mariupol.

Auch die Konsulate von Slowenien, Aserbaidschan und Albanien in Charkiw wurden zerstört.

Erst vor drei Tagen sind wir zusammengekommen, um über die von Russland begangenen Nuklearterrorakte zu sprechen.

Aber gestern hat uns Russland schon wieder erneut vor Augen geführt, wie gefährlich sein Krieg und wie verantwortungslos sein Vorgehen ist.

Das Kernkraftwerk Tschernobyl wurde von seiner gesamten Stromversorgung abgeschnitten.

Das einzige Stromnetz, das das Kernkraftwerk Tschernobyl und alle seine kerntechnischen Anlagen versorgt, wurde beschädigt.

Eine solche Situation ist äußerst gefährlich.

Putins barbarischer Krieg bringt ganz Europa in Gefahr. Putin muss aufgehalten werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

bei unserem letzten Treffen sagte der russische Vertreter, dass das Unvermögen, den eigenen Standpunkt mit Dokumenten und Belegen zu untermauern, ein Zeichen von Schwäche sei.

Ich kann dem nur zustimmen.

Vielleicht war der Sitz Russlands deshalb leer, als der Internationale Gerichtshof Anfang dieser Woche Anhörungen zum Genozid durchführte.

Einfach gesagt: weil alle Behauptungen Russlands von Anfang an reine Erfindungen waren, die lediglich seinen Kriegszug gegen die Ukraine rechtfertigen sollten.

In wenigen Minuten wird die russische Delegation wieder einmal eine Mischung aus Propaganda und Fälschungen vorlegen.

Wie ich bereits beim letzten Mal erwähnt habe, sollten Sie, wenn Sie glauben, Beweise zu haben, diese dem Gericht vorlegen und aufhören, Unsinn zu reden.

Ich bezweifle jedoch stark, dass Russland mit dem Internationalen Gerichtshof, dem Internationalen Strafgerichtshof oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zusammenarbeiten wird.

Oder, im Rahmen des Moskauer Mechanismus, der von 45 OSZE-Teilnehmerstaaten aktiviert worden ist, mit den Expertinnen und Experten der OSZE.

Oder mit der Untersuchungskommission, die vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingesetzt wurde. Übrigens hat Russland, auch wenn es Mitglied des Rates ist, kein moralisches Recht auf einen Sitz darin.

Denn die Position Russlands ist eine Position der Schwäche und der Verzweiflung. Und es sitzt in einer Falle, die es sich selbst gestellt hat.

Deshalb muss es immer wieder neue Vorwände für seinen Angriffskrieg erfinden. Nicht für uns – sondern für seine eigene Bevölkerung. Für das Überleben des Kreml-Regimes.

Und ich fürchte, dass Russland sich in wenigen Tagen sogar zur Behauptung versteigen könnte, dass die Ukraine den Krieg begonnen habe.

Doch um zu überleben, muss Russland schlicht und einfach seinen Krieg beenden, seine Truppen abziehen, die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim, wiederherstellen und natürlich die Verantwortung für alle an der ukrainischen Bevölkerung begangenen Verbrechen übernehmen und versichern, dass sich diese Aggression nicht wiederholen wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

im 19. Jahrhundert beklagte der russische Schriftsteller Fjodor Dostojewskij, dass die Russinnen und Russen als ein Volk betrachtet würden, das auf der Suche nach Dingen, die es, einzig und allein zum eigenen Vergnügen, zerstören und auslöschen könne, durch Europa streife.

Angesichts der aktuellen Gräueltaten ist dieses Diktum mehr als treffend.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ihre Exzellenzen, ich bin dankbar für die Gelegenheit, heute im Namen des Vereinigten Königreichs sprechen zu dürfen – und dabei auf die eklatante Missachtung seiner Verpflichtungen gegenüber der OSZE und ihrer Prinzipien durch Russland eingehen zu können.

Die unprovokierte, vorsätzliche und rechtswidrige Invasion in der Ukraine ist, einfach ausgedrückt, eine Schande.

Ich möchte mich vor allem auf die Menschen konzentrieren, die von Präsident Putins Krieg direkt betroffen sind. Einem Krieg, für den er sich bewusst entschieden hat.

Herr Vorsitzender, wir alle haben mit wachsendem Entsetzen die Nachrichten aus Mariupol verfolgt. Der russische Luftangriff auf eine Geburtsklinik war abscheulich. Er war skrupellos. Er war entsetzlich. Er unterstreicht den furchtbaren Blutzoll, den dieser Krieg von den ukrainischen Familien fordert. Während die Vertreter Russlands über die Bedrohung durch die Ukraine schwadronieren, meldet das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), dass mindestens 37 Kinder getötet und 50 verletzt worden sind.

Zuvor hatten russische Streitkräfte Anfang der Woche Evakuierungskorridore angegriffen und ganze Familien niedergemetzelt, als sie versuchten, sich in Sicherheit zu bringen.

Russlands wahllose Gewaltanwendung gegen unschuldige Zivilpersonen, gegen Kinder ist für jedermann offensichtlich. Es stimmt, das muss unbedingt untersucht werden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Aus diesem Grund hat das Vereinigte Königreich zusammen mit 37 anderen Ländern den Internationalen Strafgerichtshof mit diesen Gräueltaten befasst.

Das ist auch der Grund, warum wir gemeinsam mit 44 anderen Ländern den Moskauer Mechanismus aktiviert haben, um die russischen Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in der Ukraine zu untersuchen.

Und wie wir gerade von Martin Griffiths gehört haben, hat der Konflikt, wie er heute dargelegt hat, entsetzliche humanitäre Auswirkungen.

Viele Städte in der Ukraine sind seit über einer Woche unter anhaltendem Beschuss. Tausende und Abertausende von Menschen sind ohne Wasser, Wärme oder Strom. Es gibt kritische Engpässe bei Lebensmitteln und Medikamenten. Die Weltgesundheitsorganisation hat 18 Angriffe auf Gesundheitsdienstleister gemeldet. Das muss aufhören.

Bislang sind zwei Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Hunderttausende von Menschen sind zu Binnenvertriebenen geworden.

Das Vorgehen Russlands fordert von den Menschen einen hohen Preis, und ich bin Liliana Palihovici dankbar, dass sie zu Recht darauf aufmerksam gemacht hat.

Leider müssen wir damit rechnen, dass Frauen, Mädchen und die vulnerabelsten und marginalisierten Menschen unverhältnismäßig stark betroffen sind.

Wir müssen sie vor sexueller Gewalt und anderen Formen der Ausbeutung schützen, das ist eine zentrale Anforderung des humanitären Völkerrechts.

Das Vereinigte Königreich hat sich der Unterstützung ukrainischer Frauen und Mädchen verschrieben und erkennt den entscheidenden Beitrag an, den Frauen an der Front und in den direkt von der russischen Aggression betroffenen Gemeinden leisten.

Die Entschlossenheit, die die Ukrainerinnen und Ukrainer angesichts dieser Widrigkeiten an den Tag legen, ist einfach unglaublich – angefangen bei der inspirierenden Führung von Präsident Selenskyj und seinen Ministerinnen und Ministern, über den Mut der ukrainischen Streitkräfte und anderer Menschen, die ihr Heimatland auf jede erdenkliche Weise verteidigen, bis hin zur Einheit der ukrainischen Gesellschaft, die sich zur Unterstützung der Bedürftigen zusammenfindet.

Ihre Tapferkeit angesichts des unerbittlichen russischen Angriffs lehrt einen Demut. Sie kämpfen für die Verteidigung der Werte, die wir alle teilen.

Herr Vorsitzender, wir würdigen auch den Mut jener Russinnen und Russen, die gegen Präsident Putins abscheulichen Krieg auf die Straße gehen. Diesen Menschen in Russland möchte ich sagen: Wir wissen, dass dies nicht in eurem Namen geschieht.

Wir sind zutiefst besorgt über die Verhaftung Tausender friedlicher Demonstrantinnen und Demonstranten und das harte Vorgehen gegen die unabhängigen Medien, mit dem Putin versucht, seine Taten vor dem eigenen Volk zu verbergen.

Wir wissen auch, dass viele Menschen in Belarus die Beteiligung Lukaschenkos an diesem rechtswidrigen Krieg nicht unterstützen.

Wir verurteilen die Erleichterung der russischen Invasion durch Belarus, das russische Streitkräfte und Einrichtungen beherbergt und den Zugang über sein Hoheitsgebiet ermöglicht.

Und heute, an diesem Tag, möchte ich die Aufmerksamkeit des russischen Botschafters auf die ersten Zeilen der VN-Charta lenken:

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor ... Verträgen und ... dem Völkerrecht gewahrt werden können ...“

Soviel ich weiß, hat er vor nicht allzu langer Zeit in diesem Saal genau mit diesen Worten das Bekenntnis Russlands zu dieser Charta zum Ausdruck gebracht.

Darf ich vorschlagen, dass er seine Regierung noch einmal daran erinnert?

Ihre Grundsätze haben Millionen von Menschen auf der ganzen Welt inspiriert. Selbst jetzt versammeln sich in Minsk und Moskau Menschen, um ihre Unterstützung für die Ukraine und ihre Ablehnung dieses Krieges zu demonstrieren.

Einhunderteinundvierzig Länder aus der ganzen Welt stimmten für eine Resolution der Vereinten Nationen, in der das Vorgehen der russischen Regierung verurteilt wird.

Die Forderungen sind einfach: Herr Putin, stoppen Sie die Angriffe auf Zivilpersonen. Beenden Sie diesen Krieg, zu dem Sie sich bewusst entschieden haben. Beenden Sie diesen Krieg jetzt! Ziehen Sie Ihre Truppen aus der Ukraine ab und achten Sie das Völkerrecht.

Und, Herr Vorsitzender, er wäre gut beraten, zuzuhören. Präsident Putin hat die Stärke, die Einigkeit und die Widerstandsfähigkeit des ukrainischen Volkes völlig falsch eingeschätzt.

Mit der Fortsetzung seiner so genannten „Spezialoperation“ schafft Präsident Putin nur eines: noch mehr Blutvergießen und noch mehr Leid – nicht nur unter den Ukrainerinnen und Ukrainern, sondern auch unter dem russischen Volk.

Das Vereinigte Königreich wird seinerseits weiterhin humanitäre Hilfe und militärische Verteidigungsausrüstung bereitstellen. Wir verschärfen unsere Sanktionen, um wirtschaftlich die Daumenschrauben anzuziehen und der Kriegsmaschinerie von Herrn Putin die finanzielle Grundlage zu nehmen.

Wir werden Russlands Vorgehen weiterhin in allen multilateralen Foren anprangern. Wir, das Vereinigte Königreich, werden an der Seite der Ukraine stehen und ihre Souveränität entschlossen unterstützen, wir werden an der Seite der Ukraine für ihre Einheit eintreten, wir werden an der Seite der Ukraine für ihre Unabhängigkeit und territoriale Integrität eintreten, heute, morgen und solange es nötig ist.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der heute in die dritte Woche geht, verursacht eine noch nie dagewesene humanitäre Katastrophe, auch für die 7,5 Millionen Kinder des Landes, die dem Schrecken des Krieges ausgesetzt sind. Um nur einige Beispiele zu nennen: In den letzten Tagen wurden wir Zeugen entsetzlicher Szenen, darunter ein russischer Militärschlag in Irpin, bei dem eine Familie mit zwei Kindern und andere Zivilpersonen auf der Flucht vor der russischen Invasion getötet wurden. Einundzwanzig Menschen, darunter zwei Kinder, wurden bei Luftangriffen auf die belagerte Stadt Sumy getötet. Vor zwei Tagen wurde die Siedlung Malyn beschossen, wobei fünf Menschen ums Leben kamen, darunter zwei einjährige Kinder. Wir haben erlebt, wie in Cherson von russischen Kräften auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten geschossen wurde und in der Nähe von Kyjiw Journalistinnen und Journalisten angegriffen wurden. Aus Mariupol, das seit zehn Tagen belagert wird, kommen erschütternde Berichte: Russische Artillerie- und Luftangriffe haben ganze Stadtteile in Schutt und Asche gelegt, und die russischen Streitkräfte haben fast die gesamte Infrastruktur zur Grundversorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom und Heizwärme zerstört. Die Zivilbevölkerung hat keinen Zugang zu Nahrung, Wasser und Medikamenten. Die Krankenhäuser sind mit Verletzten überfüllt. Gestern hat Russland während einer vereinbarten Waffenruhe, die die Evakuierung der Zivilbevölkerung ermöglichen sollte, einen Luftangriff auf eine Kinder- und Geburtsklinik durchgeführt. Dies ist ein verabscheuungswürdiges und abscheuliches Kriegsverbrechen. Wir verurteilen Präsident Putins vorsätzlichen, unprovokierten, ungerechtfertigten und brutalen Einmarsch in einen unabhängigen und souveränen Staat auf das Schärfste.

Wir danken der Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Genderfragen Liliana Palihovici für ihre Ausführungen und bekunden unsere Solidarität mit den ukrainischen Frauen. Sie zeigen Widerstandskraft und Mut, ob in Uniform oder im zivilen Bereich, und verteidigen ihr Land und ihre Demokratie gegen den brutalen und ungerechtfertigten militärischen Angriff Russlands. Die derzeitige Situation gefährdet das Leben und die Sicherheit der gesamten Zivilbevölkerung. Wie in allen Konflikt- und Vertreibungssituationen sind Frauen und Kinder jedoch besonders stark von Menschenrechtsverletzungen betroffen. Daher ist es von größter Bedeutung, sie vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Menschenhandel und anderen Formen der Ausbeutung zu

schützen, wie es das humanitäre Völkerrecht fordert, eine Pflicht, die insbesondere den Besatzungstruppen obliegt. Außerdem muss sowohl online als auch offline die Sicherheit von Journalistinnen gewährleistet werden, wie die Beauftragte für Medienfreiheit in ihrer jüngsten Erklärung zu Recht betont hat.

Hand in Hand mit der Ukraine und gemeinsam mit unseren Partnern und Ländern aus allen Teilen der Welt fordern wir Russland auf, die Aggression und seine militärischen Aktivitäten unverzüglich einzustellen. Wir betonen, dass die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, insbesondere der Genfer Konventionen, nichts Optionales ist. Zivilpersonen und zivile Infrastruktur dürfen niemals ins Visier genommen werden, und der unterschiedslose Einsatz von Sprengwaffen, insbesondere in dicht besiedeltem städtischen Gebiet, sollte unter keinen Umständen vorkommen. Darüber hinaus ist der weit verbreitete Einsatz von Streumunition und thermobarischen Bomben durch die russischen Streitkräfte, der auf Wohngebiete abzielt, äußerst besorgniserregend und absolut zu verurteilen. Die in der vergangenen Woche von der Generalversammlung und vom Menschenrechtsrat (HRC) der Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit angenommenen Resolutionen sind ein deutliches Signal seitens der internationalen Gemeinschaft, dass sie die russische Aggression verurteilt. Darüber hinaus hat der Menschenrechtsrat mit der Einrichtung einer Untersuchungskommission einen weiteren praktischen Schritt im Kampf gegen die Straflosigkeit unternommen. Die Aktivierung des Moskauer Mechanismus der OSZE durch 45 Teilnehmerstaaten, darunter alle EU-Mitgliedstaaten, in der vergangenen Woche dient ebenfalls diesem Ziel. Wir begrüßen auch die Einleitung von Ermittlungen durch den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) wegen möglicher Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine im Gefolge von Unterbreitungen von 39 Vertragsstaaten des IStGH, darunter alle EU-Mitgliedstaaten. Diejenigen, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen, werden zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir danken dem Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen Martin Griffiths für seine Ausführungen und schließen uns ihm an, wenn er betont, wie wichtig es ist, sichere Wege zu schaffen und alle Kampfhandlungen dringend einzustellen, um allen Menschen in Not unverzüglich Hilfe zukommen zu lassen. Wir verurteilen auf das Schärfste, dass Russland nicht nur die sichere Durchfahrt behindert, sondern auch gegen bereits getroffene Vereinbarungen verstößt, indem es diese Gebiete weiterhin absichtlich beschießt und die Straßen vermint. Wir weisen auch den zynischen Ansatz Russlands kategorisch zurück, wonach die ukrainische Zivilbevölkerung in die Russische Föderation evakuiert werden soll, obwohl es Russland ist, das den militärischen Angriff gestartet hat. Darüber hinaus muss stets humanitäre Hilfe im Einklang mit humanitären Prinzipien ermöglicht werden, Hilfsgüter müssen ohne Verzögerung ausgeliefert werden, und der Schutz und die sichere Durchfahrt der Zivilbevölkerung müssen garantiert werden, unabhängig davon, ob sie bleiben oder evakuiert werden möchte. Wir würdigen die Anstrengungen der ukrainischen Regierung, die humanitären Maßnahmen zu erleichtern, indem sie den freien Verkehr von humanitären Helferinnen und Helfern und Konvois sicherstellt und die Einfuhr von Hilfsgütern erleichtert, und bieten unsere Unterstützung an, um die Hilfeleistung weiter zu verbessern.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten arbeiten auf allen Ebenen, auch gemeinsam mit der Ukraine und der Republik Moldau, daran, eine sichere Ankunft derjenigen zu gewährleisten, die vor der russischen Aggression fliehen. Die Europäische Union wird auch dafür sorgen, dass auf die Bedürfnisse von Kindern und ihren Familien rasch und konkret reagiert wird, wobei unbegleiteten Kindern besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Wir danken der Generalsekretärin der OSZE und ihrem Team nochmals für ihre unermüdlichen Bemühungen, auch bei der Evakuierung und Verlegung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM). Wir fordern die sichere Evakuierung aller Personen, die sich in den Räumlichkeiten der SMM in Mariupol aufhalten, einschließlich der lokalen SMM-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter und des griechischen Generalkonsuls. Wir sind bereit, alle Bemühungen des Vorsitzes und der Durchführungsorgane und autonomen Institutionen der OSZE zu unterstützen, um der ukrainischen Bevölkerung zu helfen, unter anderem durch die Koordinierung und Erleichterung humanitärer Hilfe und die Bewertung der menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen des russischen Einmarsches.

Wir bedauern zutiefst, dass die Aggression Russlands nach außen gegen einen Nachbarstaat mit der Unterdrückung des russischen Volkes im Inneren einhergeht. In diesem Sinne verurteilen wir die neu eingeführte allgemeine Medienszensur, mit der der Zugang zu unabhängigen Informationsquellen über Präsident Putins Krieg in der Ukraine eingeschränkt werden soll, sowie die gewaltsame Niederschlagung friedlicher Antikriegsproteste durch die russischen Behörden.

Herr Vorsitzender, dies ist für Europa eine Stunde der Wahrheit. Es geht um den Kampf zwischen Rechtsstaatlichkeit und dem Recht des Stärkeren, zwischen Demokratien und Autokratien, zwischen einer regelbasierten Ordnung und einer Welt der nackten Aggression. Das ukrainische Volk hat die mutige und freie Entscheidung für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit getroffen. Russland trägt, gemeinsam mit dem beteiligten Lukaschenko-Regime in Belarus als Mitaggressor, die volle Verantwortung für die Getöteten, die Verwundeten und Verletzten und die Zerstörung. Die Europäische Union fordert, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich einstellt, alle seine Truppen aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht und die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer uneingeschränkt achtet. Auch muss Russland seine Desinformationskampagne und seine Cyberangriffe einstellen. Wir fordern auch Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht weiter mitzutragen und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Die Europäische Union unterstützt entschlossen das naturgegebene Recht auf Selbstverteidigung der Ukraine und die Bemühungen der ukrainischen Streitkräfte, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine und ihre Bevölkerung im Einklang mit Artikel 51 der VN-Charta zu verteidigen. Wir stehen an der Seite der Ukraine.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen, sowie die Ukraine, Georgien, Andorra, Monaco und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Ich möchte Untergeneralsekretär Griffiths und der Sonderbeauftragten Palihovici für ihre sehr überzeugenden Vorträge danken.

Heute ist der 15. Tag des brutalen, durch nichts provozierten und gewissenlosen Krieges von Präsident Putin gegen die Ukraine. Während der russische militärische Vormarsch ins Stocken geraten ist und in einigen Fällen in den Vororten mehrerer ukrainischer Großstädte zurückgeschlagen worden ist, müssen wir mitansehen, wie Russland zu immer barbarischeren Taktiken greift und Städte und die Zivilbevölkerung ins Visier nimmt – Schulen, Krankenhäuser, Wohnblöcke. Die daraus resultierenden Szenen von Tod und Verwüstung in Städten und Ortschaften in der ganzen Ukraine – Hostomel, Charkiw, Cherson und so vielen anderen – sind erschütternd. Gestern war sicherlich einer der traurigsten Tage des Krieges, nachdem Russland eine Kinder- und Geburtsklinik in Mariupol bombardiert hatte. Mir fehlen schlicht die Worte für dieses Ausmaß an Niedertracht. Unglaublicherweise hat der russische Außenminister Lawrow heute bestätigt, dass Russland die Klinik vorsätzlich angegriffen hat und es als legitimes Ziel betrachtet. Unglaublich.

Aber das ist bei weitem kein Einzelfall. Amnesty International berichtet, dass bei einem russischen Luftangriff auf Tschernihiw am 3. März mindestens 47 Zivilpersonen getötet wurden, ohne dass es am Ort des Angriffs oder in dessen Nähe ein legitimes militärisches Ziel gegeben hätte. An der Irpin-Brücke am Stadtrand von Kyjiw gerieten ältere Bewohnerinnen und Bewohner und Kinder unter Beschuss, als sie versuchten, das Gebiet zu Fuß zu verlassen. Der Bürgermeister von Irpin berichtete, dass eine Mutter und ihre beiden Kinder auf der Stelle getötet wurden, als die russischen Streitkräfte das Feuer eröffneten.

Leider wird sich die Lage in den kommenden Tagen wahrscheinlich noch erheblich verschlimmern. Gestern haben wir erfahren, dass Russland durch seine Angriffe auf zivile Infrastrukturen die Stromversorgung des Kernkraftwerks Tschernobyl unterbrochen hat. Die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens spielt im Kreml offensichtlich keine Rolle. Und nun verbreitet Russland fieberhaft Falschinformationen über biologische Waffen: Es schaudert mich, wenn ich daran denke, was es wohl als nächstes plant.

Die Bilder des Schreckens, des Schocks und der Trauer auf den Gesichtern der Zivilpersonen, die vor der russischen Aggression fliehen, werden uns für immer verfolgen

und den Ruf des russischen Militärs für immer beflecken. Ich hoffe, dass sich diese Bilder unauslöschlich in das Gedächtnis der russischen Vertreter einbrennen, die heute in diesem Saal sitzen. Bevor sie das Wort ergreifen, sollten sie sich in einer Schweigeminute vor allen Opfern der brutalen russischen Aggression verneigen.

Russlands abstoßende Taktiken verschlimmern die ohnehin schon katastrophale humanitäre Lage in der Ukraine. Wegen der russischen Aggression fehlen in zahllosen Ortschaften und Städten fließendes Wasser, Strom und Heizmaterial. Wie das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen vor kurzem erklärte, stehen wir heute vor der am schnellsten wachsenden Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg: Zwei Millionen Flüchtlinge sind bereits registriert, und viele weitere werden wahrscheinlich in der nächsten Woche fliehen. Diese massive Abwanderung von Menschen – darunter viele Frauen und Kinder – wird die nationalen Ressourcen bis an die Grenzen belasten. Und wie immer wird die Krise die Schwächsten unter ihnen unverhältnismäßig stark treffen.

Mit seinem Belagerungskrieg hindert Russland auch die Zivilbevölkerung an der Flucht und blockiert die Versorgung der Bevölkerung. In Mariupol, Charkiw, Sumy, Mykolajiw und anderswo sind Millionen von Zivilpersonen im Bombenhagel von der Außenwelt abgeschnitten. Die Zivilbevölkerung braucht uneingeschränkten, sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe, und zwar sofort. Beginnend mit diesen Prioritäten müssen die russischen Streitkräfte die ukrainischen Vorschläge für eine sichere Durchfahrt der Zivilbevölkerung und von Versorgungsgütern umsetzen. Sie müssen die Zivilbevölkerung hinaus- und Hilfsgüter hereinlassen.

Bei all diesem Schrecken sind wir sehr, sehr dankbar für die unglaubliche Gastfreundschaft und das Mitgefühl der Nachbarländer der Ukraine, die den Flüchtlingen aus der Ukraine Unterkunft, Nahrung und Trost bieten. Wir danken insbesondere Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldau. Auch die Vereinigten Staaten bekennen sich dazu, ihren Beitrag zu leisten. Gestern hat der Kongress der Vereinigten Staaten ein Zusatzfinanzierungsgesetz im Ausmaß von 13,6 Milliarden Dollar verabschiedet, um der ukrainischen Bevölkerung zu helfen. Bedauerlicherweise haben nicht alle Nachbarn der Ukraine Staats- und Regierungschef, die auf der richtigen Seite der Geschichte stehen. Wir verurteilen die Unterstützung des vorsätzlichen Angriffs Russlands auf seinen friedlichen Nachbarn durch das Lukaschenko-Regime.

Herr Vorsitzender, Russland muss diesen Eroberungskrieg beenden. Es muss ihn jetzt sofort beenden. Es wird ihm niemals gelingen, jene Einflussphäre zu schaffen, die sich sein Präsident so sehnlich wünscht. Die Fortsetzung dieses Krieges wird nur noch mehr Leid in der Ukraine verursachen und Russland in den Ruin treiben.

Herr Vorsitzender, ich möchte auch noch einige Minuten darauf verwenden, zu erörtern, wie eine mögliche russische Besetzung oder Eroberung der Ukraine aussehen würde. Das wissen wir nämlich genau – denn Russland ist diesbezüglich Wiederholungstäter. Seit 2014 gibt es Dutzende, wenn nicht Hunderte von Berichten, die Gräueltaten Russlands und seiner Handlanger in den von Russland kontrollierten Teilen des Donbass und der Krim dokumentieren. Es gibt glaubwürdige Berichte über das Verschwindenlassen und Entführungen von Dissidentinnen und Dissidenten, Angehörigen religiöser und ethnischer Minderheiten und anderen, die es wagen, ihre Unzufriedenheit mit der kriminellen Herrschaft

Russlands zu äußern. Systematische Unterdrückung religiöser und ethnischer Minderheiten, Folter und willkürliche Inhaftierung sind an der Tagesordnung.

Was ich jetzt sagen werde, ist ziemlich explizit, aber ich fürchte, es muss gesagt werden. In den Gefängnissen und inoffiziellen Haftanstalten in den sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk haben die russisch geführten Streitkräfte schon vor dem erneuten Einmarsch Russlands routinemäßig Häftlinge geschlagen und physisch und psychisch gefoltert, Scheinhinrichtungen durchgeführt, sexuelle Gewalt angewendet, Häftlingen Nahrung, Wasser und medizinische Versorgung vorenthalten und sie zu Zwangsarbeit genötigt. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind Frauen und Männer Opfer sexueller Gewalt, einschließlich Vergewaltigung, angedrohter Vergewaltigung, angedrohter Kastration, absichtlicher Beschädigung von Genitalien, Androhung sexueller Gewalt gegen Familienmitglieder, sexueller Belästigung, Nötigung zur Beobachtung sexueller Gewalt gegen andere, Zwangsprostitution und Erniedrigung. Auch hier zitiere ich die Vereinten Nationen.

Russlands Handlanger im Donbass und seine Besatzungstruppen auf der Krim haben auch das Recht auf freie Meinungsäußerung im öffentlichen Raum, in den Medien und im Internet eingeschränkt. Sie haben internationale Organisationen, die versuchen, humanitäre Hilfe für die örtliche Bevölkerung zu leisten, aktiv behindert, in dem zynischen Bemühen, die Ukraine in Verruf zu bringen.

Wir müssen also nicht raten, was Russland tun wird, wenn es die Ukraine besetzt; wir haben es bereits acht Jahre lang genau beobachten können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Russlands Propagandistinnen und Propagandisten haben sich alle Mühe gegeben, die Welt davon zu überzeugen, dass es sich bei den bewaffneten Gruppen im Donbass nur um „Separatisten“ handle – aber wir alle wissen, dass sie auf Moskaus Befehl gehandelt haben.

Wir können nicht zulassen, dass Russland die demokratische, unabhängige und souveräne Ukraine auslöscht. Wir sind aufgerufen, zu den Gründungsprinzipien dieser Organisation zu stehen. Das bedeutet, dass wir auch den Menschen in der Ukraine beistehen müssen, wenn sie ihre Häuser, ihre Stadtviertel, ihre Städte und ihr Land verteidigen. Und ihre Freiheit.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der Sitzung des Tages als Anhang beizufügen.

Danke.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Danke.

Ich möchte gleich zu Beginn darum ersuchen, dass diese Erklärung dem Journal des Tages beigefügt wird.

Herr Vorsitzender,

Ich möchte Untergeneralsekretär Griffiths und der Sonderbeauftragten Palihovici für ihre sehr überzeugenden faktenbasierten Vorträge danken.

An dieser Situation ist nichts normal. So etwas haben wir in Europa seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt. Es ist nichts normal daran, dass ein Land in einem Nachbarland einmarschiert, dessen Volk es als Brudervolk bezeichnet. Es ist nichts normal daran, Schulen und Krankenhäuser, Küchen und Wohnzimmer von unschuldigen Ukrainerinnen und Ukrainern anzugreifen, die Hunderte von Kilometern vom Donbass entfernt leben, und dies als „militärische Spezialoperation im Donbass“ zu bezeichnen. Es ist nichts normal daran, im Nachhinein immer neue, immer weiter hergeholte sogenannte „Rechtfertigungen“ für die Invasion zu erfinden. Es ist nichts normal an der Bombardierung einer Geburtsklinik und Hunderter anderer Gebäude der zivilen Infrastruktur. Und ich versichere Ihnen, Herr Vorsitzender, es ist nichts normal daran, dass ein Kollege diesen Rat benutzt, um Lügen und Falschinformationen zu verbreiten, von denen er wissen muss, dass sie falsch sind. All das ist widerwärtig.

Als Rechtfertigungsversuche für diesen durch nichts zu rechtfertigenden Krieg haben wir zunächst Argumente über die Unteilbarkeit der Sicherheit zu hören bekommen und dann über einen angeblichen Genozid und die Notwendigkeit der „Denazifizierung“ eines Staates, der von einem jüdischen Präsidenten geführt wird. Dies wurde dann mit der Forderung nach einer „Entmilitarisierung“ und Neutralität der Ukraine und dem Ansinnen, die derzeitige demokratisch gewählte Regierung nach den Wünschen des Kremls auszutauschen, verbunden. In jüngster Zeit haben wir auch zu hören bekommen, die Invasion werde durchgeführt, weil die Ukraine abwechselnd (a) einen nuklearen Angriff, (b) einen Angriff mit chemischen oder biologischen Waffen oder, (c) wie Herr Gawrilow gestern auf dem Forum für Sicherheitskooperation sagte, eine Offensivoperation gegen die sogenannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk vorbereitete. Man sagt, dass Propaganda schwierig ist, wenn sich die

Vergangenheit ständig ändert, und daher frage ich, wie die heutige Rechtfertigung für Russlands angebliche „militärische Spezialoperation im Donbass“ aussehen wird? Seien Sie versichert, dass dieser Rat ihr genauso viel Glauben wie bisher jeder anderen postfaktischen Begründung schenken wird.

Herr Vorsitzender,

angesichts des aggressiven und unberechenbaren Verhaltens von Präsident Putin haben sich die Ukrainerinnen und Ukrainer erhoben, um ihre Heimat zu verteidigen, und dabei in bewundernswerter Weise Mut, Würde und Entschlossenheit zur Verteidigung gegen den Eindringling an den Tag gelegt. Und was ist letztlich bewundernswerter und redlicher als Menschen, die ihre Häuser, ihre Familien und ihre Lebensweise schützen? Wir begrüßen und würdigen die tiefe Entschlossenheit der Männer und Frauen der Streitkräfte der Ukraine, ihrer Territorialverteidigungskräfte und all derer, die bei den Bemühungen um die Verteidigung ihres Heimatlandes mithelfen. Im Lichte des Internationalen Frauentags Anfang dieser Woche möchte ich auch den Beitrag der Frauen in den ukrainischen Streitkräften würdigen, ebenso wie den Beitrag jener Frauen, die nicht dem Militär angehören, aber ebenfalls auf ihre Weise dazu beitragen, die Ukraine zu verteidigen und ihre Bevölkerung zu schützen.

Ich möchte meine Ausführungen nutzen, um eine Frau zu ehren, nämlich Olena Stokoz, die stellvertretende Generaldirektorin der ukrainischen Rotkreuz-Gesellschaft, deren Mut im Angesicht dieser Zerstörung sowohl herzerreißend als auch inspirierend und beispielhaft für den Geist der ukrainischen Frauen ist. Olena musste aus ihrem Haus in der Nähe von Kyjiw fliehen, nachdem das Nachbardorf durch Artilleriebeschuss zerstört worden war. Sie konnte weder essen noch schlafen, betete aber jede Nacht, dass sie bis zum Morgen überleben würde. Olena, die im achten Monat schwanger ist, ist dankbar, dass sie mit ihrer Familie lebend entkommen konnte, und setzt nun ihre Arbeit von einer Unterkunft im Landesinneren aus fort. Sie setzt sich für die Versorgung der Menschen mit Wasser, Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern ein, insbesondere derjenigen, die am meisten unter der anhaltenden Gewalt leiden. Es handelt sich, wie sie sagt, um „Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Krankheiten, Verletzte und Verwundete und Menschen, die in Kellern sitzen und nicht herauskommen können, weil sie, sobald sie ihre Keller verlassen würden, umgehend von den Angreifern getötet würden.“ Vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung, die nicht unmittelbar an den Kampfhandlungen beteiligt ist, und die Tötung unschuldiger Menschen verstoßen gegen das humanitäre Völkerrecht. Trotzdem gehen der Beschuss ukrainischer Städte und der Tod unschuldiger Zivilisten weiter. Die Russische Föderation wird für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden.

Herr Vorsitzender,

ich habe Untergeneralstaatssekretär Griffiths meinen Dank ausgesprochen. Wie er erwähnt hat, wird Mariupol, eine Stadt mit 430 000 Einwohnern, nach wie vor belagert, und Strom, Kommunikationsnetze und Wasserversorgung sind bereits seit mehreren Tagen ausgefallen, was zu einer humanitären Katastrophe geführt hat. Trotz einer Vereinbarung über die Einrichtung humanitärer Korridore werden Versuche, Zivilpersonen zu evakuieren und dringend benötigte Lebensmittel, Wasser und Medikamente zu liefern, weiterhin von den russischen Streitkräften torpediert. Gestern wurde, wie es Untergeneralsekretär Griffiths soeben geschildert hat, eine Geburtsklinik in Mariupol einschließlich des Kinderflügels völlig zerstört. Für eine solche Gräueltat gibt es keine Rechtfertigung. Doch wie mein

amerikanischer Kollege soeben erwähnte, reagierte der russische Außenminister Lawrow auf die Frage nach der Bombardierung dieser Geburtsklinik weder mit Mitgefühl noch mit Besorgnis. Stattdessen wies er „lächerliche Aufschreie“ über „angebliche Gräueltaten“ zurück. Russland muss seinen Verpflichtungen zur uneingeschränkten Achtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte sowie zur Einhaltung der Genfer Konventionen nachkommen.

Ich muss auch wiederholen, dass Kanada Russlands Angriffe auf ukrainische kern-technische Anlagen, darunter die Atomkraftwerke Saporischschja und Tschernobyl, verurteilt und diese Angriffe Kanada mit größter Besorgnis erfüllen. Wir sind zutiefst besorgt darüber, dass vier der sieben Grundpfeiler der Aufrechterhaltung der nuklearen Sicherheit, wie sie der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) beschrieben hat, nun infolge der russischen Militäraktionen beschädigt worden sind. Diese Maßnahmen erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Zwischenfalls erheblich, der verheerende Auswirkungen auf die Ukraine und die gesamte Region haben könnte. Kanada beobachtet diese Situation sehr genau.

Herr Vorsitzender,

wie meine Kollegin aus San Marino vor kurzem sagte: „Krieg bringt keine Lösungen, sondern nur Leid für die betroffene Bevölkerung, Trauer und Zerstörung.“ Es gibt nur einen Weg, diesen brutalen, sinnlosen Krieg zu beenden: ein sofortiger Waffenstillstand, gefolgt von Diplomatie und Dialog zur Verständigung auf eine dauerhafte Lösung. Wir fordern Russland auf, unverzüglich alle seine Streitkräfte auf sein eigenes Hoheitsgebiet zurück-zuziehen. Wir fordern die uneingeschränkte und bedingungslose Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Wir stehen an der Seite der Ukraine.

Danke, Herr Vorsitzender.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

wir danken dem Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe-koordinator der Vereinten Nationen Martin Griffiths und der Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Genderfragen Liliana Palihovici für ihre umfassenden Ausführungen.

Mein Land bemüht sich unermüdlich mit allen Parteien darum, eine friedliche Beilegung dieser Krise zu ermöglichen.

Heute trafen sich Minister S. E. Sergej Lawrow und Minister S. E. Dmytro Kuleba am Rande des *Antalya Diplomacy Forum*.

Wir hoffen, dass dieses Treffen und andere laufende Gespräche den Weg zur Rückkehr zu Dialog und Diplomatie ebnen werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich unsere nachdrückliche Forderung nach einer dringenden und dauerhaften Erklärung einer Waffenruhe bekräftigen.

Der derzeitige unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ist rechtswidrig und illegitim. Er ist eine eindeutige Verletzung des Völkerrechts. Er stellt eine ernsthafte Bedrohung für die regionale und internationale Sicherheit dar.

Diese Angriffe und das Blutvergießen müssen unverzüglich beendet werden.

Die Lage hat sich zu einer humanitären Tragödie entwickelt. Wie das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen berichtet, sind zwei Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Zwei Millionen Menschen wurden entwurzelt. Zwei Millionen Menschen haben alles hinter sich gelassen.

Wir werden weiterhin humanitäre Hilfe für die Ukraine und die Nachbarländer leisten.

Sechzehn Lastwagen mit humanitären Hilfsgütern, darunter mobile Verpflegungseinrichtungen und Lebensmittel, wurden bereits aus der Türkei an das ukrainische Rote Kreuz geschickt.

Das Gesundheitsministerium hat zwei zusätzliche Lastwagen mit Medikamenten und medizinischer Ausrüstung sowie zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitswesens entsandt.

In der Folge wurden fünf Lastwagen mit Zelten, Betten, Kissen und Decken sowie elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den zuständigen türkischen Behörden entsandt.

Darüber hinaus sind 16 weitere Lastwagen mit humanitärer Hilfe unterwegs. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Bulgarien, Rumänien, Polen und Moldau für ihre Zusammenarbeit beim Transfer dieser humanitären Hilfe aus der Türkei danken.

Herr Vorsitzender,

wir weisen den laufenden Angriff zurück, ebenso wie die Entscheidung, die sogenannten abtrünnigen Republiken Donezk und Luhansk anzuerkennen, so wie wir auch die rechtswidrige Annexion der Krim zurückgewiesen haben.

Wir unterstützen mit Nachdruck die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.

Mein Land will Frieden, Ruhe und Wohlstand in seiner Region.

Wir werden weiterhin entschieden auf den Frieden drängen und das Völkerrecht achten.

Die Türkei ist bereit, jede Anstrengung in jedweder Form zu unterstützen, die uns einem friedlichen Ausweg aus dieser Lage näher bringt.

Ich ersuche Sie, Herr Vorsitzender, um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG**DER STÄNDIGEN VERTRETERIN IRLANDS (AUCH IM NAMEN DER
STÄNDIGEN VERTRETERINNEN ALBANIENS, ANDORRAS,
BULGARIENS, DEUTSCHLANDS, FRANKREICHS, GEORGIENS,
ISLAND, KANADAS, LETTLANDS, LIECHTENSTEINS, MALTA,
MOLDAUS, NORWEGENS, SAN MARINOS, SCHWEDENS,
SERBIENS, SLOWENIENS, DER TÜRKEI, ZYPERNS UND DER
EUROPÄISCHEN UNION)**

Danke, Herr Vorsitzender,

ich habe die Ehre, diese Erklärung im Namen der Botschafterinnen und Vertreterinnen in der OSZE – also jener Albaniens, Andorras, Bulgariens, Deutschlands, Frankreichs, Georgiens, Irlands, Islands, Kanadas, Lettlands, Liechtensteins, Malta, Moldaus, Norwegens, San Marinos, Serbiens, Sloweniens, Schwedens, der Türkei, Zyperns und der Delegation der Europäischen Union – abzugeben.

Wir vertreten verschiedenste Länder unterschiedlicher Größe, aus Ost und West, Nord und Süd, jedes von ihnen mit einer eigenen nationalen Position, doch mit einem gemeinsamen Ziel. Heute und allezeit sind wir uns einig in unserer Forderung nach inklusiver Sicherheit und der Gleichstellung der Geschlechter.

Aus aktuellem Anlass wird sich unser heutiger Beitrag nicht mit dem Thema des Internationalen Frauentags 2022 befassen, der unter dem Motto „Geschlechtergleichstellung heute für ein nachhaltiges Morgen“ stand. Dies ist eine Maxime, der wir zustimmen, aber in Anbetracht der prekären Lage, in der wir uns befinden, werden wir uns heute auf Frauen und Konflikte konzentrieren.

Die Botschafterinnen und Vertreterinnen missbilligen die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter Verstoß gegen Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta auf das Schärfste. Wir schließen uns auch der Forderung der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen an, in der verlangt wird, dass die Russische Föderation alle ihre Streitkräfte unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzieht. Dieser Akt der Aggression im

Herzen Europas ist nicht nur ein Angriff auf die Ukraine, sondern auf die gesamte europäische und globale Sicherheitsordnung.

Frauen sind in bewaffneten Konflikten aktive Protagonistinnen des Friedens, doch ihre Rolle als wesentliche Akteurinnen und Protagonistinnen des Wandels zum Frieden bleibt weitgehend ungewürdigt. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die unterschiedliche Herangehensweise und die Erfahrungen von Frauen in alle Aspekte der OSZE-Bemühungen einfließen müssen, und setzen uns dafür ein. Dieser Ansatz ist unerlässlich, um erfolgreich umfassende Sicherheit und nachhaltigen Frieden zu ermöglichen. Deshalb muss diese Organisation die Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit fortsetzen. Angesichts der Kampfhandlungen in der Ukraine ist das Thema aktueller denn je.

Es ist allgemein bekannt, dass gewaltsame Konflikte eine Reihe von Risiken für Frauen und Mädchen mit sich bringen und bereits bestehende geschlechtsspezifische Ungleichheiten und die bestehende geschlechtsspezifische Diskriminierung verschärfen. Frauen und Kinder, insbesondere unter den Vertriebenen, sind außerdem in Vertreibungssituationen besonders vulnerabel. Es ist dringend notwendig, humanitäre Korridore einzurichten, sowie für den Schutz und die sichere Durchfahrt der Zivilbevölkerung durch örtliche Feuerpausen zu sorgen.

Frauen sind immer der Gefahr geschlechtsspezifischer Gewalt durch bewaffnete Gruppen ausgesetzt. Obwohl geschlechtsspezifische Gewalt im Rahmen der laufenden Aggression gegen die Ukraine bisher offenbar nicht systematisch oder in großem Umfang als Kriegswaffe eingesetzt wurde, müssen wir dieses Thema aufmerksam verfolgen, zumal es bei Fällen von geschlechtsspezifischer Gewalt häufig eine hohe Dunkelziffer gibt.

Wir sind zutiefst beunruhigt über die zunehmende Zahl von Berichten über den Einsatz von Vergewaltigung als Waffe und Mittel zur Kontrolle der Zivilbevölkerung durch russische Soldaten in der Ukraine. Diese Anschuldigungen müssen ordnungsgemäß untersucht werden, die Rechte von Frauen und Mädchen müssen allezeit gewahrt werden, und es muss garantiert werden, dass zur Rechenschaft gezogen wird, wer diese Rechte in irgendeiner Weise verletzt oder missachtet.

Wir beobachten, dass eine große Zahl von Menschen die Ukraine verlässt, aber auch innerhalb des Landes auf der Flucht ist. Für Frauen und Mädchen, die in Konfliktgebieten leben, sowie für Binnenvertriebene besteht die große Gefahr, dass sie auf „Überlebenssex“ zurückgreifen, um die Grundbedürfnisse ihrer Familien zu befriedigen, was das Risiko erhöht, sexueller Gewalt und Menschenhandel ausgesetzt zu werden.

Das Problem des Menschenhandels, einschließlich des Frauenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, ist endemisch und hat sich durch den Konflikt in der und um die Ukraine noch verschärft. Der Menschenhandel hat nach 2014 zugenommen, und wir können davon ausgehen, dass sich dieses Muster fortsetzen wird. Ukrainische Opfer waren von Sexhandel und Zwangsarbeit betroffen. Bereits in der vergangenen Woche gab es wiederholt Berichte über lokal organisierte Banden an der ukrainischen Grenze, die versuchten, Frauen mit Kindern für den Menschenhandel zu gewinnen. Wir können nicht tatenlos zusehen, wie dieser Krieg zur Ausbeutung von Frauen führt, indem er sie in die Prostitution und andere verheerende Schicksale zwingt.

Wir wiederholen unser Bekenntnis zu den Kernprinzipien und –werten der OSZE, die in der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und dem Dokument von Istanbul verankert sind. Diese Verpflichtungen in die Tat umzusetzen, ist keine leichte Aufgabe, ist jedoch die Basis, die die Verwirklichung umfassender Sicherheit trägt. Die Sicherstellung der Umsetzung dieser Dokumente muss weiterhin im Mittelpunkt der Agenda der OSZE stehen und bleibt ein wichtiges Ziel.

Herr Vorsitzender,

um das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE zu verwirklichen, müssen wir die Frauen und ihre Sichtweise auf das Thema Sicherheit einbeziehen.

Zu diesem Zweck rufen die Botschafterinnen und Vertreterinnen zu Folgendem auf:

1. sofortige Waffenruhe, Einstellung aller Kampfhandlungen und Einhaltung des humanitären Völkerrechts
2. baldmöglichste Einleitung eines Friedensprozesses, der die vollständige, gleichberechtigte und bedeutsame Beteiligung von Frauen, jungen Menschen und anderen traditionell marginalisierten Gruppen in allen Verhandlungsstadien gewährleistet
3. Rechenschaft für Menschenrechtsverletzungen, durch geschlechtsspezifische Beobachtungs- und Verantwortlichkeitsmechanismen unter der Leitung internationaler Akteure einschließlich der OSZE
4. Einbeziehung der wichtigsten Bestimmungen der Resolutionen zu Frauen und Frieden und Sicherheit in alle Programme und Sicherheitsinitiativen in Bezug auf den Konflikt in der Ukraine

Die OSZE und wir alle haben die Aufgabe und die Verantwortung, dazu beizutragen, dass das Leid der Menschen in unserer Region ein Ende hat.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

wir schließen uns der Erklärung der Delegation der Europäischen Union an. Ich möchte ihr als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Zwei Wochen sind seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vergangen, mit dem Russland dreist gegen das Völkerrecht und die OSZE-Verpflichtungen verstößt.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind mehr als zwei Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer heimatlos geworden und mussten nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine auf der Suche nach Schutz und Sicherheit in die Nachbarländer fliehen. Es handelt sich um die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Zur Stunde werden ukrainische Städte und Ortschaften massiv und unterschiedslos bombardiert und beschossen, wobei unschuldige Kinder, Frauen und ältere Menschen ums Leben kommen; auch von Vergewaltigungen wird berichtet.

Wir sind entsetzt über die Berichte über direkte Schläge der russischen Streitkräfte gegen zivile Infrastruktur und ihre Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten und medizinisches Personal. Was wir gestern gesehen haben – die barbarische Bombardierung einer Geburts- und Kinderklinik –, ist einfach unvorstellbar. Schockierenderweise setzten die Besatzungstruppen den Beschuss während der zuvor vereinbarten vorübergehenden Feuerpause fort. Dem muss unverzüglich Einhalt geboten werden. Das humanitäre Völkerrecht ist einzuhalten.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die ukrainische Bevölkerung unverzüglich lebensrettende humanitäre Hilfe erhält und dass ihr sichere Korridore zur Verfügung gestellt werden, denn die Menschen, die derzeit in Mariupol und anderen von den russischen Streitkräften eingekesselten Städten eingeschlossen sind, stehen vor einer schweren humanitären Krise.

Wir haben die Entwicklungen rund um die ukrainischen Kernkraftwerke mit großer Beunruhigung verfolgt. Wir fordern Russland erneut auf, seine Militäraktionen in der Umgebung von kerntechnischen Anlagen unverzüglich einzustellen, seine Truppen vollständig abzuziehen und der ukrainischen Seite die ungehinderte Kontrolle über ihre Anlagen zu ermöglichen. Georgien unterstützt die Bemühungen der IAEA, die Situation zu stabilisieren und einen nuklearen Unfall zu verhindern, der katastrophale Folgen für den gesamten Kontinent haben würde.

Herr Vorsitzender,

im Zusammenhang mit dem Internationalen Frauentag gilt unsere Aufmerksamkeit besonders den Frauen und Mädchen, die unmittelbar vom Krieg betroffen sind, wie es in der Erklärung der Botschafterinnen der OSZE zum Ausdruck kommt, die auch ich unterzeichnet habe. Obwohl wir in diesen beispiellosen Zeiten kaum einen Grund zum Feiern haben, möchte ich dennoch den Mut und die Widerstandsfähigkeit der Frauen in der Ukraine und mit ihnen aller Frauen auf der Welt, die mit Krieg und Konflikten konfrontiert sind, würdigen. Wir schließen uns allen Aufforderungen zu Maßnahmen, einschließlich Maßnahmen der OSZE, zur Befassung mit ihren dringenden Bedürfnissen und zu ihrer kontinuierlichen Unterstützung an.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Ausführungen der Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Genderfragen Liliana Palihovici würdigen und dem Unter-Generalsekretär der Vereinten Nationen Martin Griffiths für seinen Bericht danken, der wiederholt die zunehmende Schwere der humanitären Krise verdeutlicht hat.

Herr Vorsitzender,

Georgien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Georgien scheut keine Mühen, um die Ukraine hier in der OSZE und in allen anderen einschlägigen internationalen Organisationen und Gremien zu unterstützen.

Wir fordern Russland auf, seine Aggression unverzüglich, vollständig und ohne Vorbedingungen einzustellen und alle seine Streitkräfte und Rüstungsgüter aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen sowie allen internationalen humanitären und Menschenrechtsmechanismen sofortigen, sicheren und ungehinderten Zugang zu gewähren.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Herr Vorsitzender,

Norwegen schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an, ich möchte jedoch in nationaler Eigenschaft einige Ergänzungen anbringen.

Lassen Sie mich zunächst den Ehrengästen des Vorsitizes, dem Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinator der Vereinten Nationen Martin Griffiths und der Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Genderfragen Liliana Palihovici für ihre einleitenden Worte in unserer Sitzung danken.

Ich möchte auch noch einmal betonen, dass Norwegen den unprovokierten und ungerechtfertigten Einmarsch Russlands in der Ukraine, der nun schon ganze zwei Wochen andauert, auf das Schärfste verurteilt. Wir verurteilen auch Belarus dafür, diesen Angriff ermöglicht zu haben.

Die humanitäre Lage in der Ukraine verschlimmert sich von Stunde zu Stunde zusehends. Zivilpersonen und zivile Infrastruktur werden von den russischen Streitkräften ins Visier genommen. Der gestrige Angriff auf eine Geburtsklinik in Mariupol ist nur einer von vielen schrecklichen Vorfällen.

Die Ständige Vertreterin Irlands hat soeben im Namen der Botschafterinnen und Vertreterinnen der OSZE eine Erklärung zu den Folgen dieses Krieges für Frauen, zur besonderen Gefährdung von Frauen und Kindern in Vertreibungssituationen, zur Gefahr sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt durch bewaffnete Gruppen, zur Gefahr des Einsatzes von Vergewaltigung als Waffe und zur Gefährdung durch Menschenhandel abgegeben. Norwegen hat sich der Erklärung angeschlossen und unterstützt ihren Inhalt.

Nichtsdestoweniger ist Krieg von Natur aus grausam und wirkt sich negativ auf alle aus, unabhängig davon, ob man eine Frau oder ein Mann, ein Mädchen oder ein Junge, homosexuell oder heterosexuell, orthodox, katholisch oder atheistisch ist. Auch Männer sind überproportional betroffen, unter anderem dadurch, dass sie ihre Familien verlassen und gegen einen Aggressor zu den Waffen greifen müssen. Alle sind betroffen, aber nicht

unbedingt gleichermaßen. Dies muss bei der Bewältigung der gegenwärtigen Folgen dieses verantwortungslosen Krieges angemessen berücksichtigt werden.

Herr Vorsitzender,

wir sind sehr besorgt über die ernste Bedrohung, die die militärischen Aktivitäten Russlands für die kerntechnischen Anlagen in der Ukraine darstellen. Die gewaltsame Inbesitznahme kerntechnischer Anlagen und andere gewaltsame Aktionen sind höchst unverantwortlich. Die russischen Streitkräfte halten sich nach wie vor in Tschernobyl auf und haben auch gewaltsam die Kontrolle über das Kernkraftwerk Saporischschja an sich gerissen. Außerdem wurden erhebliche Schäden an der Neutronenquelle in Charkiw infolge von Artilleriebeschuss festgestellt. Diese Aktionen sind inakzeptabel und stellen eindeutige Verstöße gegen die von der Russischen Föderation freiwillig eingegangenen Verpflichtungen dar.

Der anhaltende Krieg hat die direkten Kommunikationsverbindungen zwischen den kerntechnischen Anlagen und der ukrainischen Aufsichtsbehörde unterbrochen. Das Personal, das die Einrichtungen betreibt, steht unter psychischem und physischem Stress. Sie sind den Invasionstruppen völlig ausgeliefert. Dies ist dem rationellen und sicheren Betrieb von kerntechnischen Anlagen nicht zuträglich, von dem unser aller Sicherheit abhängt.

Wir fordern Russland auf, unverzüglich alle Kampfhandlungen in der Nähe der ukrainischen kerntechnischen Anlagen einzustellen und größtmögliche Zurückhaltung zu üben, um jedwede Handlung zu vermeiden, die den sicheren Betrieb dieser Anlagen gefährden oder stören könnte. Dadurch würde die Ukraine wieder in die Lage versetzt, einen sicheren Betrieb zu gewährleisten, und die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) könnte ihre Kontrolltätigkeit wieder in vollem Umfang aufnehmen.

Abschließend fordern wir die Russische Föderation auf, ihre Streitkräfte unverzüglich aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet innerhalb seiner international anerkannten Grenzen abzuziehen und alle Drohungen und militärischen Aktionen einzustellen. Das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, muss geachtet werden, nicht zuletzt im Krieg.

Danke.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ISLANDS**

Herr Vorsitzender,

Island schließt sich der Erklärung der Europäischen Union sowie der Erklärung der Botschafterinnen an, doch ich möchte noch einige Bemerkungen als Vertreterin meines Landes hinzufügen.

Zwei Wochen sind nun vergangen, seit die russischen Behörden mit Unterstützung von Belarus einen brutalen militärischen Angriff auf die Ukraine gestartet haben.

Die humanitäre Krise, die sich seither vor unser aller Augen abspielt, ist schlichtweg entsetzlich. Mehr als zwei Millionen Menschen sind bereits aus der Ukraine geflohen, und Hunderttausende sind nicht in der Lage, belagerte Gebiete sicher zu verlassen.

Unschuldige Menschen, darunter Kinder, sterben durch unterschiedslose Angriffe auf zivile Ziele. Die Menschen sind ohne Wasser, Strom, Medikamente und Grundversorgung.

Gerade die Schwächsten – ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderung – sind besonders gefährdet. Frauen und Mädchen sind auch den Schrecken des Menschenhandels sowie geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt ausgesetzt.

Wir sind sehr dankbar für die Solidarität der einzelnen Länder und für die Gastfreundschaft, die ukrainischen Flüchtlingen in Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Moldau und anderswo entgegengebracht wird. Island steht in Solidarität mit der Ukraine und ist fest entschlossen, seinen Teil dazu beizutragen, den dringenden Ersuchen und Bedürfnissen der Ukraine nachzukommen und Ukrainerinnen und Ukrainer, die sich vor der militärischen Aggression Russlands in Sicherheit bringen wollen, bei sich aufzunehmen.

Herr Vorsitzender,

die Einhaltung des humanitären Völkerrechts ist nichts Optionales.

Der Beschuss von Zivilpersonen und zivilen Objekten ist inakzeptabel und stellt eine grundlegende Verletzung des Völkerrechts dar. Denjenigen, die ausreisen wollen, muss eine

sichere und geordnete Durchreise gewährt werden. Die Leistung humanitärer Hilfe darf nicht gefährdet werden.

Seit Beginn dieses Krieges vertreten die russischen Behörden den Standpunkt, es sei ihr gutes Recht, in ein souveränes Land einzumarschieren. Wir mussten uns arrogante Erklärungen und falsche Argumente anhören – auch hier von der russischen Delegation bei der OSZE –, Argumente, die völlig realitätsfern und bar jeder Reue oder Empathie sind.

Das ist beklagenswert.

Herr Vorsitzender,

der einzige Weg zur Beendigung dieses brutalen Krieges führt über diplomatische Bemühungen.

Wir fordern Russland auf, seine Truppen unverzüglich abzuziehen und nicht weiter Tod, Leid und Zerstörung über die Ukraine zu bringen.

Ich ersuche um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden Sicherheitskrise in Europa, in der die Lage in der Ukraine verständlicherweise den Großteil der Aufmerksamkeit der OSZE-Teilnehmerstaaten auf sich zieht, kann die Delegation Armeniens gleichwohl nicht umhin, den Ständigen Rat auf die jüngsten provozierenden Aktionen der Streitkräfte Aserbaidschans sowohl an der Grenze zu Armenien als auch an der Kontaktlinie in Arzach aufmerksam zu machen.

Diese provozierenden Aktionen zeigen deutlich, dass die politisch-militärische Führung Aserbaidschans beschlossen hat, das gegenwärtige Sicherheitsumfeld auszunutzen, um die fragile Lage in der Konfliktzone Bergkarabach zu eskalieren, wobei sie erneut auf die Anwendung und Androhung von Gewalt gegen Arzach und Armenien sowie auf eine neue Welle von Einschüchterungstaktiken baut.

Insbesondere eröffneten am 7. März gegen 12.40 Uhr Truppenteile der aserbaidischen Streitkräfte das Feuer auf armenische Militärstellungen westlich der armenischen-aserbaidischen Staatsgrenze, wodurch zwei Angehörige der armenischen Streitkräfte Schussverletzungen erlitten. Einer von ihnen, Feldwebel Hrach Maansarjan, starb auf dem Weg ins Krankenhaus.

Die Lage an der Kontaktlinie in Arzach ist nicht besser. Seit mehreren Wochen sind die Bewohnerinnen und Bewohner der Orte Chramort und Norschen in Arzach Terror und Einschüchterungen ausgesetzt.

Über Lautsprecher forderten die aserbaidischen Streitkräfte die Bewohnerinnen und Bewohner auf, diese Dörfer zu verlassen, andernfalls würden sie unter Androhung von Waffengewalt dazu gezwungen. Nach diesen Ankündigungen ertönte der *Azān* (Aufruf zum muslimischen Gebet) in Richtung der armenischen Siedlungen. Da in dieser Region keine aserbaidische Bevölkerung ansässig ist, handelt es sich bei diesen Aktionen eindeutig um die Androhung oder Anwendung von Gewalt, um Einschüchterungstaktiken und auch um psychologische Kriegsführung.

Als diese Maßnahmen keine Ergebnisse zeitigten, griffen die aserbaidischen Streitkräfte zu den Waffen. Die aserbaidischen Streitkräfte feuerten aktiv mit Waffen unterschiedlichen Kalibers, darunter auch Mörser, was zu einer Unterbrechung aller landwirtschaftlichen Aktivitäten führte. Die aserbaidischen Streitkräfte nahmen nicht nur Dörfer, sondern auch Friedhöfe und Straßen zwischen den Gemeinden in den Regionen Askeran und Martuni ins Visier und behinderten so die Bewohnerinnen und Bewohner in ihrer Bewegungsfreiheit.

Insbesondere wurde am 8. März das Dorf Chramort unter schweren Mörserbeschuss genommen. Ab dem 9. März verstärkten sich der Beschuss und die Angriffe. Am 9. März wurden zwischen 14.00 und 14.30 Uhr zwei Geschosse aus 60-mm-Mörsern in Richtung des Gebiets um das Dorf Chnuschinak in der Region Martuni, Arzach, abgefeuert. Der Beschuss wurde von 15.50 Uhr bis 5.40 Uhr des Folgetages fortgesetzt, als die aserbaidischen Streitkräfte 23 Geschosse aus 60-mm-Mörsern in östlicher Richtung in der Nähe des Dorfes Chramort abfeuerten.

Die Waffenruhe wurde von den aserbaidischen Streitkräften auch in der Nacht regelmäßig gebrochen. Heute Morgen wurde der 1971 geborene Suren Baghrjan, ein Einwohner derselben Gemeinde in Arzach, von einem Granatwerfer mit Schrapnellsplittern verletzt.

Berichten zufolge wird in der Nähe des Dorfes Chramort schweres Geschütz aufgeföhrt, was nur bedeuten kann, dass Aserbaidschan einen Großangriff vorbereitet.

Eine weitere besorgniserregende Entwicklung ist der Einsatz von Religion durch Aserbaidschan als Teil der Einschüchterungstaktik und der psychologischen Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung von Arzach. Die Instrumentalisierung der Religion als Mittel zur Belästigung und Einschüchterung ist in jeder Weltanschauung verwerflich. Die Tatsache, dass Aserbaidschan nicht davor zurückschreckt, die Religion für seine böswilligen Absichten zu missbrauchen, ist ungeheuerlich und zeigt, dass all das Gerede über religiöse Toleranz in Aserbaidschan nur ein Propagandatrick ist.

Herr Vorsitzender,

seit dem Zustandekommen der Waffenruhe im Anschluss an die trilaterale Erklärung vom 9. November 2020 haben die aserbaidischen Behörden eine breite Palette von Einschüchterungstaktiken gegen die Bevölkerung von Arzach eingesetzt, die von psychologischem Druck über militärische Angriffe bis hin zur Auferlegung harter Lebensbedingungen reichen. Die armenische Delegation hat immer wieder ihre Besorgnis über diese Maßnahmen Aserbaidschans geäußert und sie als eine Politik bezeichnet, die darauf abzielt, Menschen unter Druck zu setzen, damit sie ihre Heimstätten und ihre Heimat verlassen.

Am 8. März wurde die Gasversorgung in ganz Arzach vollständig unterbrochen, da die Gaspipeline in dem von den aserbaidischen Streitkräften kontrollierten Gebiet beschädigt worden war.

Seit drei Tagen verweigert das aserbaidische Militär ohne jede Erklärung die für die Wiederherstellung der Gasversorgung notwendigen Reparaturarbeiten an der Pipeline und entzieht damit der gesamten Bevölkerung von Arzach die Gasversorgung. Die rauen

Witterungsbedingungen mit nächtlichen Temperaturen unter dem Gefrierpunkt machen dieses Vorgehen noch abscheulicher. Diese absichtliche Unterbrechung der Gasversorgung und Behinderung von Reparaturarbeiten kann zu einer humanitären Krise führen.

Diese Maßnahmen Aserbaidischans sind ein klarer Ausdruck von Hass und Intoleranz und fügen sich nahtlos in das allgemeine Muster seiner Politik ein, die darauf abzielt, Arzach von seiner armenischen Bevölkerung zu säubern.

Herr Vorsitzender,

wir verurteilen die jüngsten Provokationen und Verletzungen der Waffenruhe durch Aserbaidischans, die unter anderem zur Tötung des Vertragssoldaten Hrach Manasarjan im westlichen Abschnitt der armenisch-aserbaidischanschen Grenze führten.

Wir fordern Aserbaidischans auf, seinen Verpflichtungen nach dem Völkerrecht sowie aus der trilateralen Erklärung vom 9. November 2020 über eine Waffenruhe und der Erklärung vom 26. November 2021 nachzukommen und seine Versuche einzustellen, die Bevölkerung von Arzach durch Maßnahmen wie die Unterbrechung der Versorgung mit lebenswichtigen Leistungen einzuschüchtern. Wir appellieren auch an die OSZE, insbesondere an den Vorsitz und die Teilnehmerstaaten, solche aggressiven Handlungen Aserbaidischans entschieden zu verurteilen, ohne mit zweierlei Maß zu messen oder sich von politischen, geografischen oder anderweitigen Präferenzen und Erwägungen beeinflussen zu lassen.

Diese Vorfälle zeigen in Verbindung mit den wiederkehrenden Verletzungen der Waffenruhe einmal mehr die Dringlichkeit und Relevanz eines wechselseitigen Truppenabzugs von der armenischen-aserbaidischanschen Grenze und der Entsendung einer Grenzbeobachtungsmission.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten erneut die Frage der armenischen Kriegsgefangenen und anderen Gefangenen ansprechen, die noch immer von Aserbaidischans festgehalten werden. In diesem Zusammenhang inszeniert Aserbaidischans weiterhin Scheinprozesse gegen armenische Kriegsgefangene, was eine klare Missachtung des humanitären Völkerrechts und einen Verstoß gegen die trilaterale Erklärung vom 9. November darstellt.

Am 5. März wurden im Rahmen einer Reihe von Scheinprozessen wegen erfundener Anschuldigungen die armenischen Militärangehörigen Ischchan Sargsjan und Wladimir Raphaeljan, die am 26. Mai im Gefolge des am 12. Mai 2021 erfolgten Einfalls der aserbaidischanschen Streitkräfte in armenisches Hoheitsgebiet gefangen genommen worden waren, zu 19 beziehungsweise 18 Jahren Haft verurteilt.

Damit setzen die aserbaidischanschen Behörden ihre eklatante Missachtung des humanitären Völkerrechts und der trilateralen Erklärung über eine Waffenruhe vom 9. November 2020 fort, die die Freilassung aller Kriegsgefangenen und sonstigen Gefangenen vorsieht.

Leider hat Aserbaidischans, fast 18 Monate danach, noch immer nicht alle armenischen Kriegsgefangenen, Gefangenen und sonstigen festgehaltenen Personen rückgeführt und

verstößt damit gegen seine Verpflichtungen aus der Genfer Konvention und der trilateralen Erklärung selbst und missachtet die ständigen Appelle der internationalen Gemeinschaft.

Gemäß den von Aserbaidtschan bestätigten Daten werden immer noch 38 Personen, darunter drei Zivilpersonen, von den aserbaidtschanischen Behörden als Geiseln festgehalten. Die Freilassung dieser Geiseln wird als Verhandlungsmasse benutzt, wobei Erstere regelmäßig an neue Bedingungen geknüpft wird.

Es gibt zwei Dutzend gut dokumentierte Fälle von Verschwindenlassen. In diesen Fällen sind wir im Besitz von unbestreitbaren, dokumentierten Fakten über die Gefangennahme der betreffenden Armenierinnen und Armenier, aber Aserbaidtschan hat weder bestätigt, dass es sie gefangen hält, noch ihnen irgendeinen anderen Status zugewiesen.

Die Weigerung Aserbaidtschans, genaue Informationen über die armenischen Gefangenen zur Verfügung zu stellen, ist äußerst alarmierend. Fälle von Verschwindenlassen, Folterung und unmenschlicher Behandlung von armenischen Kriegsgefangenen und zivilen Geiseln geben ebenfalls Anlass zu großer Sorge.

Herr Vorsitzender,

leider haben die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten auf keine dieser Angelegenheiten eine angemessene Reaktion an den Tag gelegt. Diese eklatanten Verstöße und provozierenden Handlungen Aserbaidtschans verlangen nach einer angemessenen Bewertung, unter anderem seitens der OSZE und ihrer Führung.

In diesem Zusammenhang wissen wir die vom schwedischen Vorsitz organisierte Konferenz über den Bergkarabach-Konflikt zu schätzen, die Gelegenheit geboten hat, ein breites Spektrum von Fragen im Zusammenhang mit dem Bergkarabach-Konflikt und seinen verschiedenen Aspekten zu erörtern.

Vor allem aber sind wir der festen Überzeugung, dass die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten die Androhung oder Anwendung von Gewalt als Mittel zur Lösung des Bergkarabach-Konflikts klar, unmissverständlich und ohne jeden Vorbehalt ablehnen sollten. Sie sollten dem Mächtigen-Aggressor unmissverständlich klarmachen, dass solche Handlungen nicht länger geduldet werden und dass er im Falle einer Aggression seinerseits mit umgehenden Konsequenzen zu rechnen hat.

Herr Vorsitzender,

Armenien ist trotz der abfälligen Rhetorik und des aggressiven Vorgehens Aserbaidtschans nach wie vor der festen Überzeugung, dass es keine Alternative zu einer friedlichen Lösung des Bergkarabach-Konflikts gibt. Armenien bekräftigt seine Bereitschaft, den Dialog unter der Schirmherrschaft der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE fortzusetzen und dabei auf den Treffen in New York und Paris aufzubauen. Es ist höchste Zeit, die Arbeit an einer dauerhaften, gerechten und nachhaltigen Lösung des Bergkarabach-Konflikts wieder aufzunehmen.

Wir schließen uns den Erklärungen der Kovorsitzenden an, wonach ein ungehinderter Zugang zu Bergkarabach für internationale humanitäre Hilfe erforderlich ist, und wir fordern

Aserbaidshon auf, diese rein humanitäre Frage nicht weiter politisch zu befrachten. Allen humanitären Organisationen und Sonderorganisationen muss uneingeschränkter und ungehinderter Zugang zu Bergkarabach gewährt werden, damit sie ihre Aufgaben ohne ungebührliche Behinderungen und Einschränkungen erfüllen können. Armenien ist jederzeit gerne bereit, die Kovorsitzenden in Armenien willkommen zu heißen, und freut sich auf ihren vollwertigen und längst überfälligen Besuch in der Region zur Bewertung der Lage vor Ort. Wir fordern die Kovorsitzenden erneut auf, ihre Bemühungen um die Durchführung eines vollwertigen Besuchs in der Region und die Erfüllung ihrer mandatsgemäßen Arbeit zu verstärken. Wir erwarten auch, dass der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden das Missionsgebiet einschließlich Stepanakerts besucht, um so seine mandatsgemäße Arbeit unverzüglich zu verrichten.

Die armenische Regierung bekennt sich zu sämtlichen Bemühungen um die Herbeiführung von Frieden und Wohlstand in der Region. Zu diesem Zweck hat sie eine Strategie zur Eröffnung einer Ära der friedlichen Entwicklung in der Region verabschiedet und unternimmt entschlossen die notwendigen Schritte in diese Richtung. Die Erreichung eines dauerhaften und nachhaltigen Friedens in der Region ist eine der Prioritäten der armenischen Regierung. Doch so sehr wir uns auch bemühen, der Frieden wird nur ein ferner Traum bleiben, solange die aserbaidshonischen Behörden sich nicht bereit zeigen, diese Friedensagenda zu unterstützen, indem sie sich von ihrem aggressiven und feindseligen Vorgehen verabschieden und sich ernsthaft auf den Verhandlungsprozess unter der Schirmherrschaft der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE einlassen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

zunächst möchte ich auf einige Aspekte der heutigen Erklärungen von Martin Griffiths, Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen, und Liliana Palihovici, Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Genderfragen, eingehen.

Wir messen den Bemühungen des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), die Notlage der von Kampfhandlungen betroffenen Zivilbevölkerung zu lindern, traditionell hohen Stellenwert bei. Unsere detaillierten Bewertungen der Arbeit des OCHA in Bezug auf die Ukraine wurden vor einigen Tagen in New York während der Erörterung über die Unterrichtung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durch Herrn Griffiths vorgelegt. Es ist müßig, die Ausführungen des Ständigen Vertreters Russlands bei den Vereinten Nationen zu wiederholen – wer sich mit seiner Erklärung vertraut machen möchte, kann dies separat tun. Wir werden etwas später auf die gegenwärtige Lage in Bezug auf die humanitären Korridore für die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den Kampfgebieten und die Versuche der Kämpferinnen und Kämpfer der nationalistischen Formationen, die sichere Evakuierung der Menschen zu verhindern, zu sprechen kommen. Da Herr Griffiths die Erörterung zu diesem Tagesordnungspunkt gerade nicht verfolgt, versprechen wir, ihm unsere Erklärung zur Kenntnis zu bringen, die wir über unsere Kolleginnen und Kollegen von der Ständigen Vertretung Russlands in New York an das von ihm geleitete Amt senden werden.

Lassen Sie mich ein paar Worte zu den Ausführungen von Frau Palihovici sagen. Als vom Vorsitz zur Befassung mit einem bestimmten Thema berufene OSZE-Vertreterin erlaubt sich Frau Palihovici Bewertungen und Aussagen, die über den Rahmen der Fragen, mit denen sie betraut wurde, hinausgehen und nicht mit ihrem Mandat in Einklang stehen. Wir denken dabei insbesondere an die von der Sonderbeauftragten vorgenommenen Bewertung von Russlands militärischer Spezialoperation.

Am 8. März gab Frau Palihovici eine Pressemitteilung heraus, in der sie ausführlich über ihre Arbeit mit weiblichen und minderjährigen Flüchtlingen aus der Ukraine, die sich in der Republik Moldau aufhalten, berichtete. Dieses Dokument wirft viele Fragen auf. Wie will sie es zum Beispiel bewerkstelligt haben, in nur wenigen Tagen Unterkünfte in der gesamten

Republik Moldau zu besuchen und „Tausende von Frauen und Kindern“ zu treffen – und das bereits nach nur zwei Wochen? Diese so intensive Beschäftigung der Sonderbeauftragten mit der Sache steht zudem in krassem Gegensatz zur Haltung zu den Ereignissen der letzten Jahre in der Ostukraine. Warum hat Frau Palihovici es nicht als angebracht erachtet, die Tausenden von Frauen und Kindern im Donbass zu treffen, die seit acht Jahren dem täglichen Beschuss durch ukrainische Artillerie ausgesetzt sind? Wo war die Reaktion, als die Behörden eines OSZE-Teilnehmerstaates, nämlich der Ukraine, systematisch die Rechte von Frauen und Kindern, einschließlich des unveräußerlichen Rechts auf Leben, verletzt? Ist dem Büro der Sonderbeauftragten beispielsweise die Engelsallee in Donezk bekannt, die zum Gedenken an die bei ukrainischen Angriffen getöteten kleinen Kinder errichtet wurde? Wir ermahnen Frau Palihovici, dafür zu sorgen, dass die Fragen, mit denen sie betraut wurde, nicht politisch befrachtet werden.

Lassen Sie uns nun direkt zur Lage in der Ukraine kommen. Wie Sie wissen, führt die Russische Föderation dort seit dem 24. Februar eine militärische Spezialoperation zum Schutz des Donbass durch. Die desolate Lage, die durch das Verschulden der Post-Maidan-Behörden in den letzten Jahren in der Ostukraine entstanden ist, trägt alle Merkmale eines Genozids. Die laufende Spezialoperation zielt darauf ab, den langwierigen Konflikt so schnell wie möglich zu beenden und sicherzustellen, dass die Voraussetzungen für eine friedliche, entmilitarisierte Entwicklung der ukrainischen Gesellschaft und des ukrainischen Staates gegeben sind.

Ich muss noch einmal ganz klar sagen, dass keine Raketen-, Luft- oder Artillerieangriffe auf zivile Objekte oder die Zivilbevölkerung gerichtet werden. Es kommen Hochpräzisionswaffen zum Einsatz, um Einrichtungen der militärischen Infrastruktur auszuschalten – seit Beginn der Operation wurden bereits 2 814 solche Einrichtungen unschädlich gemacht. Die Stellungen von Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte, die ihre Waffen niedergelegt haben, werden nicht angegriffen. Wir betonen, dass die Spezialoperation von Berufsmilitärs durchgeführt wird.

Aufbauend auf drei Konsultationsrunden mit der ukrainischen Seite in Belarus gewährleistet die Russische Föderation seit mehreren Tagen, so auch am heutigen Tage, die Öffnung humanitärer Korridore, damit die Zivilbevölkerung Kyjiw, Tschernihiw, Sumy, Charkiw, Mariupol und mehrere andere Ortschaften verlassen kann. Es hat jedoch den Anschein, dass die Aktionen der Vertreterinnen und Vertreter des Kyjiwer Regimes derzeit darauf abzielen, die ungehinderte Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem aktiven Kampfgebiet, insbesondere in die Russische Föderation, zu vereiteln. Die meisten der von Russland vorgeschlagenen humanitären Korridore sind nicht voll funktionsfähig, da die ukrainische Seite reziproke Schritte vermissen lässt.

Insbesondere lehnte die stellvertretende ukrainische Ministerpräsidentin Iryna Weretschtschuk die Möglichkeit der Evakuierung von Menschen nach Russland ab, indem sie sich weigerte, die Einrichtung solcher Korridore zu erleichtern. Die für die Region Sumy und die Stadt Sumy zuständigen hochrangigen Amtsträger Dmytro Schywyzkyj und Oleksandr Lysenko machten in der Öffentlichkeit menschenverachtende Äußerungen und drohten mit dem Beschuss von Zivilpersonen, die versuchen, die humanitären Korridore nach Russland zu nutzen. In diesem Zusammenhang weisen wir auf eine Erklärung hin, die die Hohe Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen Michelle Bachelet vor einigen

Tagen abgegeben hat und in der sie auf „Berichte über Misshandlungen von Personen, die als prorussisch gelten“, in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten hinweist.

Behauptungen, dass fast niemand in russisches Hoheitsgebiet evakuiert werden möchte, sind schlichtweg erlogen. Allein in den letzten 24 Stunden haben 48 543 ukrainische und ausländische Staatsangehörige entsprechende Anträge gestellt. Insgesamt hat das in Russland eingerichtete Hauptquartier für die behördenübergreifende Koordinierung der humanitären Hilfe in der Ukraine bereits mehr als 2,5 Millionen Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern der Ukraine erhalten, die um Unterstützung bei der Organisation solcher Evakuierungen gebeten haben. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Russland seit Beginn der Spezialoperation ohne jegliche Beteiligung der ukrainischen Behörden insgesamt über 179 000 Zivilpersonen, darunter mehr als 45 000 Kinder, evakuiert hat. Darüber hinaus hat das russische Ministerium für Katastrophenhilfe Hunderte Tonnen an humanitären Hilfsgütern an die Einwohnerinnen und Einwohner der Süd- und Ostukraine geliefert.

Vor diesem Hintergrund haben die russischen Streitkräfte ein offizielles Ersuchen an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz gerichtet und es gebeten, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die Behörden in Kyjiw zur Evakuierung der Zivilbevölkerung zu veranlassen. Heute fanden in der Türkei Gespräche zwischen den Außenministern Russlands und der Ukraine statt, bei denen diese und andere Fragen im Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine erörtert wurden.

Es wird immer deutlicher, dass die ukrainische Regierung die Kontrolle über viele nationalistische paramilitärische Einheiten im Osten des Landes verloren hat, die bewaffnete Provokationen durchführen und die Zivilbevölkerung im Zuge der Kampfhandlungen als Schutzschild benutzen. So wird beispielsweise das Gebäude einer Kinderklinik in Sumy von einem Truppenteil der „Territorialverteidigungskräfte“ als Gefechtsstellung genutzt. Die Situation in Mariupol ist entlarvend: Nicht nur lassen die dortigen Kämpferinnen und Kämpfer nicht zu, dass die Zivilbevölkerung über einen humanitären Korridor nach Nowoasowsk flieht, sondern sie errichten auch Gefechtsstellungen in den Innenhöfen und auf den Dächern öffentlicher Einrichtungen, darunter Kinderbetreuungseinrichtungen und medizinische Einrichtungen.

Wir haben heute viel Gejammere über die Lage in Bezug auf eine Geburtsklinik in Mariupol zu hören bekommen. Niemand hat sich jedoch Gedanken darüber gemacht, was genau bewaffnete Mitglieder des nationalistischen Asow-Bataillons und der 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte in diesem Gebäude und auf seinem Dach zu schaffen hatten oder warum sie zuvor das gesamte Personal und die Patientinnen aus dem Krankenhaus vertrieben und dort einen Stützpunkt mit Feuerstellungen errichtet hatten. Einer der Kindergärten der Stadt wurde von ihnen vollständig zerstört. Berichten zufolge belief sich die Zahl der Gefallenen und Verwundeten in den Reihen der ukrainischen Formationen infolge der Neutralisierung dieses Stützpunktes auf mehr als sechzig. Was soll all das bitte mit „gebärenden Frauen“ zu tun haben? Das russische Verteidigungsministerium hat fotografische und audiovisuelle Beweise dafür veröffentlicht, wie diese Anlage für militärische Zwecke genutzt wurde. Wir empfehlen Ihnen, diese Beweise zu studieren.

Am 6. März eröffneten Kämpferinnen und Kämpfer des Asow-Bataillons das Feuer auf Zivilpersonen, die sich auf dem Weg aus Mariupol befanden. Am nächsten Tag zwangen

die Asow-Kämpfer bei Zusammenstößen mit Kräften der Volksrepublik Donezk auf der Siegesallee der Stadt 150 Zivilpersonen als „menschliche Schutzschilde“ in den Raum vor sich, wobei vier Personen getötet und 15 verwundet wurden. Es ist erwähnenswert, dass die Mitglieder des Asow-Bataillons und die im Donbass stationierten ukrainischen Militärs unter der Aufsicht von NATO-„Ausbildern“ in Ausbildungszentren in der Süd- und Westukraine Trainingsprogramme zur Kriegsführung in bebautem Gebiet absolvieren konnten, wie wir in diesem Saal wiederholt betont haben.

Das heute veröffentlichte Videomaterial des kürzlich besiegten nationalistischen Bataillons Ajdar, das 2014 durch seine beispiellos grausame Behandlung der Zivilbevölkerung im Donbass Berühmtheit erlangte, hat nicht weniger interessante Details zutage gefördert. Diese wurden alle auf Video festgehalten, und einzelne Personen lassen sich namentlich identifizieren. Militärausbilderinnen und -ausbilder aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Litauen und anderen Ländern kamen direkt an die Kontaktlinie, um den Ajdar-Neonazis „Besuche“ abzustatten. Sie schulten ihre „Gastgeber“ in Kampfaktiken, die von Terrorgruppen in Syrien im Kampf gegen die dortigen Regierungstruppen eingesetzt werden. Im Übrigen wurde bei den Ajdar-Kämpferinnen und -Kämpfern eine große Anzahl von Videos aus Syrien entdeckt.

In einem der Hauptquartiere einer weiteren nationalistischen paramilitärischen Formation, des Rechten Sektors, wurde kürzlich ein Laptop mit einer NATO-Seriennummer entdeckt: Er war für die sichere Kommunikation über das NATO-Netzwerk verwendet worden. Der Laptop wurde am 6. März in Donezk öffentlich gezeigt. Er enthielt nachrichtendienstliche Daten und eine detaillierte Karte des Gebiets, auf der die Stellungen der Truppenteile der Volksrepublik Donezk eingezeichnet waren. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass der Rechte Sektor im Besitz einer Karte der an die Ukraine angrenzenden Region der Russischen Föderation war, einschließlich einer taktischen Darstellung von Operationen ukrainischer Verbände zur Durchführung eines Einmarsches in dieses Gebiet. Der Einmarsch war für den 8. März geplant – das ist nur wenige Tage her. All dies ist ein unmittelbarer Beweis dafür, dass die NATO paramilitärische Nationalisten in der Ukraine unterstützte, während die Führung des Nordatlantischen Bündnisses zugleich wiederholt erklärte, dass keine Streitkräfte ihres Militärblocks auf ukrainischem Gebiet präsent seien.

So einiges ist auch durch die vom russischen Verteidigungsministerium veröffentlichten Dokumente ans Licht gekommen, die vor einigen Tagen in ehemaligen Stellungen der vierten Schnellen Eingreifbrigade der ukrainischen Nationalgarde entdeckt worden sind. Bei einem der veröffentlichten Dokumente handelte es sich um ein eingehendes Kryptogramm des Brigadekommandos, das als „vertraulich“ bezeichnet wurde und auf den 28. Januar dieses Jahres datiert war. Darin wurde angeordnet, dass Anfang März eine Gefechtsausbildung durchgeführt und Vorbereitungen für die anschließende Durchführung von Kampfeinsätzen (der Spezialkräfte) im Donbass getroffen werden sollten. Die Brigade war mit Scharfschützenteams sowie Sabotage- und Aufklärungsgruppen verstärkt worden (derartige Aktivitäten waren übrigens nach den zu diesem Zeitpunkt noch geltenden Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe vom 22. Juli 2020 kategorisch verboten).

Übrigens kommen weiterhin Kämpferinnen und Kämpfer privater Militärunternehmen, vor allem aus den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich, in die Ukraine. Zu den Unternehmen, von denen bekannt ist, dass sie Kämpferinnen und Kämpfer entsandt oder rekrutiert haben, gehören Academi, Cubic, die Dean Corporation, Silent

Professionals und Professional Overseas Contractors. Nach Angaben des ukrainischen Außenministers Dmytro Kuleba sollen sich derzeit bis zu 20 000 Söldnerinnen und Söldner aus mehreren Ländern auf dem Weg in die Ukraine befinden. Es wird eine sogenannte Fremdenlegion aufgestellt; für diejenigen, die in die Ukraine kommen, um sich ihr anzuschließen und in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte oder an der Seite ukrainischer Nationalisten zu kämpfen, wurden die Visumsbestimmungen aufgehoben. Die Botschaften der Ukraine in europäischen Ländern fordern die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder offen dazu auf, sich als Söldnerinnen und Söldner verpflichten zu lassen.

Die NATO-Länder überschwemmen die Ukraine weiterhin mit Waffen, die nicht mehr zu kontrollieren sind. Diese Lieferungen, darunter Tausende von tragbaren Flugabwehrsystemen (MANPADS), erfolgen unter Verletzung bestehender Maßnahmen zur Einschränkung ihrer Verbreitung – insbesondere der OSZE-Prinzipien für die Kontrolle der Ausfuhr von MANPADS, die 2004 vom Ministerrat in Sofia verabschiedet und durch den Beschluss Nr. 5/08 des Forums für Sicherheitskooperation aktualisiert wurden. Ist man sich im Westen darüber im Klaren, dass diese tödlichen Waffen nicht nur in den Händen ukrainischer Neonazis landen, sondern sich auch in ganz Europa verbreiten können?

Am 9. März unterzeichnete Präsident Selenskyj das Gesetz Nr. 2114-IX, das Zivilpersonen den Gebrauch von Kriegswaffen ohne jegliche Kontrolle erlaubt. Zuvor waren Strafgefangene aus der Haft entlassen worden, während auf den Straßen der Städte freihändig Waffen verteilt wurden (über diese Waffentransfers wurde nicht einmal Buch geführt) – entsprechende audiovisuelle Beweise wurden in den Medien veröffentlicht. Diese Schritte drohen zu einem Anstieg der Kriminalität in der Ukraine zu führen. Bewaffnete Räuberbanden, die unter dem Deckmantel der so genannten „Territorialverteidigungskräfte“ agieren, terrorisieren bereits die Zivilbevölkerung und brechen in Häuser ein.

Wir sind beunruhigt über Berichte über immer häufigere Provokationen ukrainischer bewaffneter Formationen gegen Einrichtungen der kritischen Infrastruktur. So haben sie beispielsweise einen Schlag gegen das Umspannwerk für das Kernkraftwerk Tschernobyl und die angrenzenden Freileitungen durchgeführt. Die Angreifer verhinderten die Durchführung von Reparaturarbeiten. Russische Fachleute haben schnell gehandelt und Ersatzstromquellen bereitgestellt. Es wurde kein Anstieg der für dieses Gebiet charakteristischen Hintergrundstrahlung festgestellt.

In der vergangenen Woche stand die Situation des Kernkraftwerks Saporischschja im Mittelpunkt des Interesses: Eine ukrainische Sabotagegruppe provozierte ein Feuergefecht in der Nähe des Schulungs- und Verwaltungsgebäudes und steckte es beim Rückzug in Brand. Die Anlage ist derzeit im regulären Betrieb; Abordnungen russischer Truppen bewachen sie. Die Rotation des Personals ist gewährleistet, und die Strahlungssituation ist normal. Wir betonen, dass der Betrieb der ukrainischen kerntechnischen Anlagen nicht zum Gegenstand politischer Spekulationen werden darf und dass die Anlagen selbst keinen bewaffneten Provokationen durch ukrainische Formationen ausgesetzt werden dürfen. Unserer Ansicht nach ist es ratsam, eine spezialisierte Plattform zu nutzen, die sich mit allen technischen Aspekten im Zusammenhang mit dem normalen Betrieb solcher Anlagen befasst, nämlich die Internationale Atomenergie-Organisation.

Nach vorliegenden Informationen des russischen Verteidigungsministeriums bereiten ukrainische bewaffnete Formationen aktiv eine Provokation vor, bei der Giftstoffe eingesetzt

werden, um dann Russland des angeblichen Einsatzes chemischer Waffen bezichtigen zu können. So transportierten ukrainische Nationalisten in den frühen Morgenstunden des 9. März rund 80 Tonnen Ammoniak in die Siedlung Solotschiw nordwestlich von Charkiw. Darüber hinaus gibt es Berichte über mögliche Sabotageakte gegen Anlagen, die Teil des ukrainischen Gastransportsystems sind.

Noch ein Punkt: Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass es Beweise für gefährliche Aktivitäten der Vereinigten Staaten in der Ukraine gibt, wo seit einigen Jahren mehr als dreißig Labors in verschiedenen Städten im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums an geheimen Biowaffenprogrammen arbeiten. Mehrere solcher Labors befanden sich in unmittelbarer Nähe zu Russlands Grenzen. Die US-Behörden haben die Arbeit in all diesen Labors mit mehr als 200 Millionen Dollar unterstützt.

Auftraggeber der dort durchgeführten Arbeiten war die *Defense Threat Reduction Agency* des US-Verteidigungsministeriums. An der Umsetzung der Programme waren Unternehmen beteiligt, die dem Verteidigungsministerium nahestehen, allen voran Black & Veatch. Eines der Ziele der Programme war die wissenschaftliche Erforschung potenzieller biologischer Kampfstoffe, die für die betreffende Region spezifisch sind.

Hieb- und stichfesten Beweisen² zufolge werden die biologischen Programme seit dem 24. Februar hastig beendet. Von ukrainischen Fachleuten erhaltene Dokumente bestätigen, dass das ukrainische Gesundheitsministerium die vollständige Vernichtung der in diesen Labors aufbewahrten biologischen Kampfstoffe angeordnet hat. Der Katalog der Krankheitserreger und die großen Mengen, um die es geht, deuten auf Arbeiten im Rahmen von Biowaffenprogrammen hin. All dies wirft die Frage nach möglichen Verstößen der Vereinigten Staaten und der Ukraine gegen das Übereinkommen über biologische und Toxinwaffen von 1972 auf. Es ist nicht verwunderlich, dass die Vereinigten Staaten alles getan haben, um Verifizierungsmaßnahmen zu vermeiden, die darauf abzielen, zu überprüfen, ob die Bestimmungen des Übereinkommens in gutem Glauben umgesetzt werden.

Es ist sehr bezeichnend, dass die US-Staatssekretärin Victoria Nuland bei einer Anhörung vor dem Senat am 8. März die Hoffnung äußerte, dass die Daten über die biologischen Aktivitäten des US-Militärs in der Ukraine nicht in die Hände des russischen Militärs fallen würden. Wir wissen doch genau, dass die Aktivitäten des US-Verteidigungsministeriums in der Ukraine überhaupt nichts mit wissenschaftlicher Forschung im Interesse von Frieden und Entwicklung zu tun haben.

Tatsächlich machte Frau Nuland nicht einmal ein Hehl daraus: Bei der oben erwähnten Anhörung wies sie darauf hin, dass die Hauptaufgabe der US-Regierung in der Ukraine darin bestehe, Russland eine „strategische Niederlage“ zuzufügen. Wie man sieht, geht es keineswegs um die Verteidigung der so genannten „demokratischen Werte“. Das war auch nie der Fall, als die Ukraine intensiv zu einem „Anti-Russland“ umgebaut wurde, als die Rechte der Bevölkerung beschnitten wurden, als das Land gezwungen wurde, seine Identität zu ändern, und als Nationalistinnen und Nationalisten bewaffnet wurden, die aus ihren feindlichen Absichten gegenüber allem Russischen sowohl innerhalb der Ukraine als auch im Ausland kein Geheimnis machten. Man muss sich nur daran erinnern, wie sie laut davon träumten, „mit einem Panzer um den Roten Platz zu fahren“ oder Militärparaden in den

2 Material im Besitz des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation; siehe <https://mil.ru/>.

Hauptstädten der Nachbarstaaten abzuhalten. Wir bedauern aufrichtig, dass gerade dieser rasende Militarismus der „Hitzköpfe“ in Kyjiw bei vielen OSZE-Teilnehmerstaaten auf Unterstützung stieß und stößt.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 2 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Eine kurze Antwort an die armenische Delegation: Keine noch so weitreichenden Behauptungen und glatten Lügen können etwas an der grundlegenden Realität ändern.

Wir haben die von der Delegation Frankreichs im Namen der Europäischen Union abgegebene Erklärung zur Kenntnis genommen. Wir sind jedoch überrascht, dies unter „aktuelle Fragen“ auf der Tagesordnung vorzufinden, da das Thema bereits bei der 1354. Sitzung des Ständigen Rats von der Delegation der Europäischen Union eingebracht und erörtert wurde. Seitdem ist nichts Wesentliches geschehen, was eine erneute Erörterung desselben Themas erforderlich machen würde.

In Anbetracht des Interesses einiger Delegationen an den Themen, die bei den Treffen zwischen dem Präsidenten der Republik Aserbaidschan Ilham Alijew, dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, der zurzeit den EU-Vorsitz innehat, dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel und dem Premierminister der Republik Armenien Nikol Paschinjan erörtert wurden, möchten wir den Rat jedoch daran erinnern, um welche Themen es dabei in der Gesamtschau ging.

Mit dem Treffen am 4. Februar wurde die Brüsseler Friedensagenda fortgesetzt. Dabei wurden detailliert Fragen im Zusammenhang mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan erörtert. Im Einklang mit der vorgegebenen Tagesordnung der Veranstaltung tauschten sich beide Seiten über verschiedene Aspekte der Beziehungen zwischen den beiden Ländern aus, darunter humanitäre Fragen, vertrauensbildende Maßnahmen, das Problem der Landminen, mit dem Aserbaidschan konfrontiert ist, die Öffnung der Verkehrswege sowie die Festlegung und Markierung der Grenzen.

Eines der Hauptthemen auf der Tagesordnung des Treffens am 4. Februar war die humanitäre Frage. In diesem Zusammenhang wies der aserbaidsschanische Präsident darauf hin, wie wichtig es ist, Informationen über das Schicksal von insgesamt 3 890 aserbaidsschanischen Staatsangehörigen, darunter 71 Kinder, 267 Frauen und 326 ältere Menschen, während des ersten armenisch-aserbaidsschanischen Krieges bereitzustellen und von Armenien Klarstellungen zur Position der Massengräber zu erhalten, in denen diese begraben

wurden. Dieses Thema wurde von den Präsidenten Frankreichs und des Rates der Europäischen Union unterstützt.

Bei den Gesprächen am 4. Februar wies Präsident Ilham Alijew außerdem auf die dringende Notwendigkeit einer verstärkten internationalen Unterstützung Aserbaidschans bei der Minenräumung in den befreiten Gebieten hin. Präsident Ilham Alijew merkte an, dass seit dem Ende des Vaterländischen Krieges 36 aserbaidsschanische Bürgerinnen und Bürger bei Minenexplosionen getötet und 165 verletzt worden seien.

Auch die Frage einer Mission der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) nach Aserbaidschan und Armenien wurde auf dem Treffen erörtert. Beide Seiten kamen überein, dass eine Mission in beide Länder entsandt werden soll.

Die Frage einer UNESCO-Mission nach Aserbaidschan und auch Armenien, die in der Erklärung der Europäischen Union ausgelassen wurde, ist von großer Bedeutung, da aserbaidsschanisches Kulturerbe nicht nur in den ehemals besetzten Gebieten Aserbaidschans, sondern auch auf dem Hoheitsgebiet Armeniens zerstört wurde.

Was die Aufforderung zur Aufnahme intensiver diplomatischer Verhandlungen betrifft, so sollte diese in erster Linie an Armenien gerichtet werden, das auf das Angebot Aserbaidschans zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des jeweils anderen Landes innerhalb seiner international anerkannten Grenzen bisher nicht eingegangen ist. Armenien ist auch noch nicht bereit, die Bereitschaft Aserbaidschans zu erwidern, mit den Arbeiten zur Festlegung und Markierung der Staatsgrenze zu beginnen. Bisher hat Armenien nur Vorbedingungen gestellt, die den Prozess lediglich verzögern werden.

Zu guter Letzt sollte die Delegation der Europäischen Union, wenn sie das unter Beteiligung Aserbaidschans ausgerichtete Treffen als aktuelle Frage einbringt, darauf achten, dass sie sich nur zu den dort zur Debatte stehenden Themen äußert. Wie ich bereits sagte, hatten die oben genannten Treffen eine vorher festgelegte Tagesordnung und umfassten Themen im Zusammenhang mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan, humanitären Fragen, vertrauensbildenden Maßnahmen, dem Problem der Landminen und der Vermissten, mit dem Aserbaidschan konfrontiert ist, der Öffnung der Verkehrswege und der Festlegung und Markierung der Grenzen. Mir sind keine laufenden „Vermittlungsbemühungen unter der Schirmherrschaft der OSZE“ bekannt, für die die Delegation der Europäischen Union ihre Unterstützung zum Ausdruck brachte.

Die Wiederholung überkommener Narrative und Wahrnehmungen durch wen auch immer ist kontraproduktiv, unterstützt nur die in Armenien vorherrschenden revanchistischen Haltungen und ist für uns irrelevant. Die Delegation Aserbaidschans möchte erneut darauf hinweisen, dass die trilaterale Erklärung Aserbaidschans, Armenien und der Russischen Föderation vom 10. November 2020 von Aserbaidschan, Armenien und der Russischen Föderation den drei Jahrzehnte andauernden bewaffneten Konflikt beendet hat. Aserbaidschan hat seine territoriale Integrität wiederhergestellt und die Grundrechte von fast einer Million vertriebener Aserbaidschanerinnen und Aserbaidschaner sichergestellt. Nach der Beilegung des Konflikts hat die aserbaidsschanische Regierung bereits praktische Schritte

eingeleitet, um die Folgen der jahrzehntelangen Besetzung und der dadurch bedingten massiven Zerstörung zu beseitigen. Alle Bemühungen sollten darauf ausgerichtet sein, den Frieden in der Region auf der Grundlage der nunmehrigen Gegebenheiten nach Beendigung des Konflikts zu konsolidieren, die eine einzigartige Chance und echte Aussichten für Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region bieten.

Danke, Herr Vorsitzender.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 2 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

Russland ist der festen Überzeugung, dass die strikte Umsetzung der trilateralen Vereinbarungen, die in den Erklärungen der Staats- und Regierungschefs Russlands, Aserbaidshans und Armeniens vom 9. November 2020, vom 11. Januar 2021 und vom 26. November 2021 verankert sind, unbedingt fortgesetzt werden muss. Die Erzielung von Fortschritten in den von den genannten Dokumenten abgedeckten Bereichen – insbesondere im Hinblick auf die Öffnung der Verkehrs- und Wirtschaftsverbindungen und die Einleitung des Prozesses zur Festlegung und Markierung der aserbaidshanisch-armenischen Grenze – wird die Normalisierung der Beziehungen zwischen der aserbaidshanischen und der armenischen Regierung und eine weitere Verbesserung der Lage in der Region insgesamt signifikant vorantreiben.

Russland unternimmt laufende Anstrengungen zur Lösung der Situation an der Grenze zwischen Aserbaidshans und Armenien, wo es leider immer wieder zu Zwischenfällen unter Einsatz von Waffengewalt kommt. Alle diese Vorfälle werden von dem russischen Friedenskонтингент dokumentiert, das gemäß der Erklärung vom 9. November 2020 entlang der Kontaktlinie stationiert ist und weiterhin seiner Aufgabe einer Beobachtung der Waffenruhe in seinem Zuständigkeitsbereich nachkommt. Wenn es zu vereinzelt Vorfällen kommt, werden weitreichende Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage und Verhütung einer Eskalation ergriffen.

Wir betonen, dass es notwendig ist, dass die Parteien alle Bestimmungen der trilateralen Erklärung vom 9. November 2020 bedingungslos umsetzen, um zu gewährleisten, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Der Präsident der Republik Aserbaidshans, Ilham Alijew, und der Premierminister der Republik Armenien, Nikol Paschinjan, haben am 26. November 2021 in Sotschi ihr diesbezügliches Bekenntnis bekräftigt.

Russland seinerseits ist bereit, weiterhin alle notwendige Unterstützung zu leisten, um die armenisch-aserbaidshanischen Beziehungen zu verbessern, eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Völkern der beiden Länder zu schaffen und Frieden und Stabilität in der Region zu fördern.

Insgesamt begrüßen wir alle Bestrebungen, von welcher Seite auch immer, sich in den Beilegungsprozess und die Sicherstellung von Stabilität und Sicherheit im Südkaukasus einzubringen, dies aber nur, soweit diese Anstrengungen nicht nach dem Grundsatz eines Nullsummenspiels unternommen werden, bekannte und bewährte Formate nicht duplizieren und nicht einen geopolitischen Wettbewerb implizieren, sondern vielmehr von den Interessen der Parteien geleitet sind und den trilateralen Vereinbarungen zwischen den Staats- und Regierungschefs Aserbaidschans, Armeniens und Russland vollumfänglich Rechnung tragen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1362. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1362, Punkt 2 (e) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Heute möchten wir dem Ständigen Rat über die jüngsten Entwicklungen in der Region nach der Unterzeichnung der trilateralen Erklärungen und die Wiederaufbau- und Sanierungsbemühungen nach dem Konflikt in der Region berichten.

Die trilaterale Erklärung, die am 10. November 2020 von Aserbaidschan, Armenien und Russland unterzeichnet wurde, hat dem Konflikt ein Ende gesetzt und vereinbarte Parameter zur Schaffung eines dauerhaften Friedens in der Region festgelegt. Nach dem Ende des Krieges und der Beilegung des Konflikts sind die Prioritäten Aserbaidschans in der gegenwärtigen Postkonfliktphase eindeutig dargelegt worden, auch auf höchster politischer Ebene. Diese Prioritäten sind: Wiederaufbau, Sanierung und Wiedereingliederung nach dem Konflikt auf schnellstmögliche und möglichst wirksame Weise sowie Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Die aserbaidsschansische Regierung hat bereits praktische Schritte eingeleitet, um die Folgen der jahrzehntelangen, mit massiven Zerstörungen verbundenen Besetzung der aserbaidsschansischen Gebiete durch Armenien zu beseitigen. In den befreiten Gebieten werden zurzeit umfangreiche Bauarbeiten durchgeführt. Aserbaidschan baut neue Städte und Dörfer, die von Grund auf neu konzipiert sind, wobei auf moderne Stadtplanung und die Konzepte der „Smart City“ und des „Smart Village“ gesetzt wird. All diese Arbeiten werden mit den eigenen Finanzmitteln Aserbaidschans durchgeführt. Zu diesem Zweck wurden allein 2021 1,3 Milliarden US-Dollar aus dem Staatshaushalt bereitgestellt. Im Staatshaushalt für dieses Jahr ist fast der gleiche Betrag vorgesehen.

Nach der Unterzeichnung der trilateralen Erklärungen können wir dem Ständigen Rat noch immer nicht die vollständige Umsetzung dieser Vereinbarungen melden. Armenien weigert sich nach wie vor, seine illegalen bewaffneten Formationen vollständig aus den Gebieten Aserbaidschans abziehen, in denen vorübergehend die Friedenstruppen stationiert sind, und nutzt die Latschin-Straße weiterhin für militärische Zwecke, was gegen die Bestimmungen der trilateralen Erklärung verstößt, die die Nutzung dieser Straße nur für Bürgerinnen und Bürger, Fahrzeuge und Güter vorsieht.

Ebenso muss Armenien Artikel 9 der trilateralen Erklärung vom 10. November in vollem Umfang umsetzen; dieser sieht die Wiederherstellung aller Wirtschafts- und Verkehrsverbindungen in der Region vor und wurde durch eine weitere trilaterale Erklärung ergänzt, die am 11. Januar 2011 unterzeichnet wurde. Dies ist einer der Bereiche, die der Sache des Friedens und der Zusammenarbeit in der Region dienlich sein können. In diesem Zusammenhang wird der Sangesur-Korridor, der das aserbaidische Kernland mit einem weiteren untrennbaren Teil Aserbaidschans – der Autonomen Republik Nachitschewan – und der Türkei verbindet, neue Möglichkeiten für die gesamte Region eröffnen.

Im Einklang mit seinen Verpflichtungen hat Armenien auch zu kooperieren, um die Bedrohung durch Minen und andere Sprengkörper zu beseitigen, die es in großem Umfang in den ehemals besetzten Gebieten Aserbaidschans gelegt hat. Dies ist eines der Haupthindernisse für die Umsetzung der Sanierungs- und Wiederaufbaupläne für die Zeit nach dem Konflikt und für die Rückkehr der Binnenvertriebenen in ihre Heimstätten und dadurch zu einem normalen Leben. Seit der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung vom 10. November 2020 wurden rund 36 aserbaidische Bürgerinnen und Bürger getötet und rund 165 Bürgerinnen und Bürger verletzt. Aserbaidschan gehört zu den am stärksten verminnten Ländern der Welt. Der Genauigkeitsgrad der Karten der Minenfelder, zu deren Freigabe Armenien gezwungen wurde, beträgt nur 25 Prozent. Die internationale Gemeinschaft muss Armenien zwingen, uneingeschränkt mit Aserbaidschan zusammenzuarbeiten und Informationen über die Minenfelder in allen befreiten Gebieten zu liefern.

Darüber hinaus muss Armenien noch seine Verpflichtungen zur Ermittlung des Verbleibs von fast 4 000 Aserbaidschanerinnen und Aserbaidschanern, die seit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen Anfang der 1990er-Jahre vermisst werden, erfüllen. Wir möchten den Rat davon in Kenntnis setzen, dass in jüngster Zeit im Rahmen einer Suchaktion und von Ermittlungsmaßnahmen neue Massengräber im Dorf Edilli im Bezirk Xocavend und auf dem Gebiet der aserbaidischen Stadt Füzuli entdeckt wurden. Ausführliche Informationen über diese von Armenien begangenen verstörenden Gräueltaten werden von unserer Delegation verteilt werden. Es muss dringend dafür gesorgt werden, dass das Schicksal dieser Menschen endlich geklärt wird und alle, die schwere Kriegsverbrechen an diesen Aserbaidschanerinnen und Aserbaidschanern begangen haben, vor Gericht gestellt werden. Dies ist wichtig, damit die Wunden aus dem ehemaligen Konflikt heilen können.

Aserbaidschan hat Armenien unterstützt und ihm angeboten, den Prozess der Festlegung und Markierung der gesamten Staatsgrenze zwischen den beiden Ländern einzuleiten. Armenien weicht der Einleitung dieses Prozesses jedoch weiterhin aus. Die jüngsten Provokationen Armeniens sprechen dafür, dass das Land schlicht kein Interesse daran hat. Zu ergänzen ist außerdem, dass sich Armenien auch immer noch weigert, seine Verpflichtung zur Rückgabe von acht Exklaven entlang der Grenze an Aserbaidschan zu erfüllen, die immer noch unrechtmäßig von Armenien besetzt sind.

Aserbaidschan hat Armenien wiederholt angeboten, auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der völkerrechtlich anerkannten Grenzen an der Normalisierung der zwischenstaatlichen Grenzen zu arbeiten. Dazu gibt es keine Alternative. Wir haben jedoch bisher noch keine positive Reaktion Armeniens auf unseren Vorschlag erhalten.

Die jüngsten Provokationen zeigten vielmehr deutlich, dass Armenien seine vergeblichen Versuche, den zerbrechlichen Frieden zu untergraben, nicht aufgegeben hat. Es ist nicht überraschend, dass Armenien erneut militärische Provokationen auf aserbaidschanischem Hoheitsgebiet gesetzt hat. Die jüngsten Aktionen Armeniens stellen einen Versuch dar, Aserbaidschan in Provokationen zu verwickeln, indem es die Verschärfung der Lage in einem anderen Teil des OSZE-Raums ausnutzt.

So haben seit Anfang März dieses Jahres die illegalen armenischen bewaffneten Kommandos auf dem Hoheitsgebiet Aserbaidschans, wo vorübergehend die russischen Friedenstruppen stationiert sind, mit Waffen unterschiedlichen Kalibers in verschiedenen Richtungen, nämlich in Richtung der aserbaidschanischen Regionen Ağdam, Chodschali, Goranboy, Tartar, Kelbadschar und Tovuz, die Stellungen der aserbaidschanischen Streitkräfte unter Beschuss genommen haben. Die armenischen Streitkräfte haben auch die Stellungen der aserbaidschanischen Streitkräfte in Richtung der Region Ordubad in der Autonomen Republik Nachitschewan an der Staatsgrenze unter Beschuss genommen.

Die Truppenteile der aserbaidschanischen Streitkräfte, die in den vorgenannten Richtungen stationiert sind, haben angemessene Maßnahmen ergriffen, um auf diese Provokationen Armeniens zu reagieren. Die aserbaidschanischen Streitkräfte zielen nicht auf die zivile Infrastruktur, sondern nur auf die Stellungen der illegalen armenischen bewaffneten Kommandos.

Mit diesen jüngsten Provokationen folgt Armenien seinem üblichen Verhaltensmuster, die Lage zu eskalieren, indem es Turbulenzen in anderen Ländern ausnutzt. Wir fordern Armenien auf, sich nicht Verwerfungen in anderen Teilen der Welt zunutze zu machen, sondern sich stattdessen darauf zu konzentrieren, seinen internationalen Verpflichtungen, einschließlich der Bestimmungen der trilateralen Erklärungen, nach Treu und Glauben nachzukommen.

Keine noch so große Verzerrung völkerrechtlicher Grundsätze und keine noch so massiven Lügen und vorgetäuschten „aktuellen Fragen“ können die grundlegende Realität verändern. Wer der Aggressor und wer der Geschädigte war, ist eine allgemein bekannte Tatsache, die durch die von der internationalen Gemeinschaft akzeptierten und anerkannten Realitäten belegt wird. Die Delegation Armeniens muss sich dies ein für alle Mal klarmachen.

Die jüngsten Provokationen zeugen von der stark revanchistischen Haltung, die in Armenien seit dem Konflikt vorherrscht. Armenien versucht, die Lage zu destabilisieren und die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden in der Region zu gefährden, indem es auf Provokationen baut, die von den Resten seiner Streitkräfte auf aserbaidschanischem Hoheitsgebiet sowie an der Staatsgrenze zwischen den beiden Ländern begangen werden.

Diese Provokationen passen gut in das Muster des unverantwortlichen militärischen Abenteuerertums Armeniens. Es handelt sich um eine gefährliche Übung mit unabsehbaren Folgen, die keineswegs zur Konsolidierung des Friedens in der Region beiträgt. Wir betonen, dass die Hauptverantwortung dafür direkt bei der politisch-militärischen Führung Armeniens liegt.

Es ist höchst bedenklich, dass Armenien noch immer keine Lehren aus der jüngsten Vergangenheit und seiner Niederlage auf dem Schlachtfeld gezogen hat. Wir möchten bekräftigen, dass es für Armenien wesentlich ist, die neuen Gegebenheiten einer nüchternen Bewertung zu unterziehen, anstatt auf Fehleinschätzungen oder falsche Erwartungen zu setzen, die den Frieden und die Stabilität in der Region untergraben könnten. Stattdessen sollte Armenien auf das konstruktive Angebot Aserbaidschans eingehen und dieses historische Zeitfenster nutzen, um seine Beziehungen zu den Nachbarländern auf Basis der grundlegenden OSZE-Prinzipien zu normalisieren, was dem Land und der gesamten Region immense Möglichkeiten eröffnen wird.

Es ist auch wichtig, dass die internationale Gemeinschaft, einschließlich der OSZE, die richtigen Botschaften an Armenien sendet und das Land auffordert, sich auf die Umsetzung seiner Verpflichtungen zu konzentrieren, anstatt sich in politisch-militärischem Abenteuerertum und Opportunismus zu ergehen, was sich für dieses Land schon nur zu oft als kontraproduktiv erwiesen hat. In der derzeitigen kritischen Phase in unserer Region müssen gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um den brüchigen Frieden und die Stabilität, die mit dem Ende des bewaffneten Konflikts und der Unterzeichnung der trilateralen Erklärungen entstanden sind, zu konsolidieren.

Abschließend betonen wir noch einmal, dass die Streitkräfte Aserbaidschans weiterhin geeignete und entschlossene Maßnahmen ergreifen werden, um jegliche Provokationen Armeniens abzuwehren und den Schutz der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der international anerkannten Grenzen Aserbaidschans zu gewährleisten. Armenien trägt die volle Verantwortung für die Verschärfung der Lage.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.